

No. 33925

**GERMANY
and
CZECH REPUBLIC**

Agreement concerning the readmission of persons via their common frontier (Readmission Agreement) (with protocol and exchanges of letters). Signed at Bonn on 3 November 1994

Authentic texts: German and Czech.

Registered by Germany on 17 July 1997.

**ALLEMAGNE
et
RÉPUBLIQUE TCHÈQUE**

Accord relatif à la réadmission de personnes à la frontière commune d'État (Accord de réadmission) [avec protocole et échanges de lettres]. Signé à Bonn le 3 novembre 1994

Textes authentiques : allemand et tchèque.

Enregistré par l'Allemagne le 17 juillet 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE RÜCKÜBERNAHME VON PERSONEN AN DER GEMEINSAMEN STAATSGRENZE (RÜCKÜBERNAHMEABKOMMEN)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tschechischen Republik –

von dem Bestreben geleitet, die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze und die Durchbeförderung von Personen im Geiste der Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erleichtern –

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Übernahme eigener Staatsangehöriger

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei ohne besondere Formalitäten die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Person unter denselben Voraussetzungen zurück, wenn die Nachprüfung ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei war.

Abschnitt II

Übernahme von Drittstaatsangehörigen bei rechtswidriger Einreise

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei ohne besondere Formalitäten die Person, die nicht die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt (Drittstaatsangehöriger), wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie aus dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei rechtswidrig in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist ist. Rechtswidrig ist eine Einreise, wenn der Drittstaatsangehörige im Zeitpunkt der Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die nach den innerstaatlichen Vorschriften der ersuchenden Vertragspartei geltenden Voraussetzungen für die Einreise nicht erfüllt.

(2) Die Rückübernahmeverpflichtung nach Absatz 1 besteht nicht gegenüber einem Drittstaatsangehörigen, der bei seiner Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei war oder dem nach seiner Einreise ein Visum oder ein anderer Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei übernimmt einen Drittstaatsangehörigen, um dessen Übernahme die andere Vertragspartei innerhalb von zweiundsiebzig Stunden nach seiner rechtswidrigen Einreise ersucht, ohne besondere Formalitäten nach vorheriger Benachrichtigung.

(2) Wird um Übernahme nach Ablauf der Frist in Absatz 1 ersucht, muß der Antrag auf Übernahme innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis der jeweiligen Behörden von der rechtswidrigen Einreise des Drittstaatsangehörigen gestellt werden. Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Übernahmeersuchen unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von acht Tagen. Die Übernahme des Drittstaatsangehörigen erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Übernahme zugestimmt hat.

Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei nur im Falle rechtlicher Hindernisse für die Übernahme und nur für die Dauer dieser rechtlichen Hindernisse verlängert. Die Übernahme kann nicht erfolgen bei Drittstaatsangehörigen, die sich nachweis-

bar länger als zwölf Monate seit der rechtswidrigen Einreise im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei aufgehalten haben.

(3) Die ersuchende Vertragspartei übernimmt einen Drittstaatsangehörigen ohne besondere Formalitäten zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei innerhalb von dreißig Tagen nach der Übernahme des Drittstaatsangehörigen feststellt, daß

- a) er nicht aus ihrem Hoheitsgebiet in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist war oder
- b) sich nachweisbar länger als zwölf Monate seit der rechtswidrigen Einreise im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei aufgehalten hat.

Artikel 4

(1) Als Aufenthaltstitel im Sinne dieses Abschnitts gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hierzu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens oder eines Antrags auf eine Aufenthaltsgenehmigung.

(2) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über die Rechtsvorschriften, die die Genehmigung von Einreise und Aufenthalt in ihren Hoheitsgebieten regeln.

Abschnitt III

Durchbeförderung

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien übernehmen zur polizeilichen Durchbeförderung durch ihr Hoheitsgebiet den Drittstaatsangehörigen, wenn die andere Vertragspartei darum ersucht und die Übernahme in mögliche Durchgangsstaaten und den Zielstaat sichergestellt hat.

(2) Die polizeiliche Durchbeförderung kann abgelehnt werden, wenn

- a) die Person in einem weiteren Durchgangsstaat oder im Zielstaat der Gefahr der politischen Verfolgung ausgesetzt wäre oder eine Strafverfolgung oder Strafvollstreckung zu erwarten hätte oder

b) ihr im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei eine Strafverfolgung droht; der ersuchenden Vertragspartei ist davon vor der polizeilichen Durchbeförderung Kenntnis zu geben.

(3) Ein Transit-Visum der ersuchten Vertragspartei ist nicht erforderlich.

(4) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

Abschnitt IV

Datenschutz

Artikel 6

Soweit für die Durchführung des Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen

- a) die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und frühere Staatsangehörigkeit);
- b) den Personalausweis oder den Reisepaß (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.);
- c) sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben;
- d) die Aufenthaltsorte und die Reisewege;
- e) die Aufenthaltserlaubnisse oder die durch eine der Vertragsparteien erteilten Visa;
- f) gegebenenfalls den Ort der Einreichung eines Asylantrags;
- g) gegebenenfalls das Datum der Einreichung eines früheren Asylantrags, das Datum der Einreichung des jetzigen Asylantrags, den Stand des Verfahrens und den Tenor der gegebenenfalls getroffenen Entscheidung.

Abschnitt V

Kosten

Artikel 7

(1) Die Kosten der Beförderung von Personen, die nach den Artikeln 1 bis 3 übernommen werden, trägt bis zur Grenzübergangsstelle der gemeinsamen Staatsgrenze die ersuchende Vertragspartei.

(2) Die Kosten der Durchbeförderung bis an die Grenze des Zielstaats nach Artikel 5 und gegebenenfalls auch die aus dem Rücktransport erwachsenden Kosten trägt die ersuchende Vertragspartei.

Abschnitt VI

Durchführungsbestimmungen

Artikel 8

Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Regelungen, insbesondere über

- a) die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung;
- b) die Angaben, Unterlagen und Beweismittel, die zur Übernahme erforderlich sind;
- c) die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Behörden;
- d) die Bestimmung der Grenzübergangsstellen für die Übernahme;
- e) den Ersatz von Kosten nach Artikel 7;
- f) die Bedingungen für die polizeiliche Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen;

werden von dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik in einem Durchführungsprotokoll zu diesem Abkommen vereinbart.

Abschnitt VII Expertenausschuß

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig bei der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens. Dazu setzen sie einen Expertenausschuß ein, der

- a) die Anwendung dieses Abkommens verfolgt;
- b) Vorschläge zur Lösung von mit der Anwendung dieses Abkommens zusammenhängenden Fragen vorlegt;
- c) Vorschläge zur Änderung und Ergänzung dieses Abkommens ausarbeitet;
- d) geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern ausarbeitet und empfiehlt.

(2) Die Zustimmung der Vertragsparteien zu den Vorschlägen und Maßnahmen bleibt vorbehalten.

(3) Der Ausschuß setzt sich aus jeweils drei Vertretern der deutschen und tschechischen Seite zusammen. Die Vertragsparteien benennen davon den Vorsitzenden und die Vertreter; zugleich werden Stellvertreter benannt. Zu den Konsultationen können weitere Experten hinzugezogen werden.

(4) Der Ausschuß tritt auf Vorschlag eines der Vorsitzenden, mindestens jedoch einmal jährlich, zusammen.

Abschnitt VIII Schlußbestimmungen

Artikel 10

(1) Die Anwendung des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Fassung des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.

(2) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus zwischenstaatlichen Verträgen bleiben unberührt.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Unterrichtung der anderen Vertragspartei mit Ausnahme des Artikels 1 aus wichtigem Grunde, insbesondere aus Gründen des Schutzes der Sicherheit des Staates, der öffentlichen Ordnung oder der Gesundheit der Bürger, durch Notifikation suspendieren. Über die Aufhebung einer solchen Maßnahme informieren sich die Vertragsparteien unverzüglich auf diplomatischem Wege.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Unterrichtung der anderen Vertragspartei aus wichtigem Grunde, insbesondere aus den in Absatz 2 genannten Gründen, durch Notifikation kündigen.

(4) Die Suspendierung oder Kündigung dieses Abkommens wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die Notifikation bei der anderen Vertragspartei eingegangen ist.

Geschehen zu Bonn am 3. November 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

KASTRUP

KANTHER

Für die Regierung
der Tschechischen Republik:

JAN RUML

PROTOKOLL ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOMMENS VOM 3. NOVEMBER 1994 ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE RÜCKÜBERNAHME VON PERSONEN AN DER GEMEINSAMEN STAATSGRENZE (RÜCKÜBERNAHMEABKOMMEN)

Das Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium des Innern der Tschechischen Republik –

auf der Grundlage von Artikel 8 des Abkommens vom 3. November 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze, im folgenden Rückübernahmeabkommen genannt –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Dieser Artikel bezieht sich auf Personen, die die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien besitzen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien benachrichtigen sich schriftlich im voraus über die beabsichtigte Übergabe und Übernahme, soweit in diesem Artikel nichts anderes bestimmt ist.

(3) Das Übernahmeersuchen muß Angaben über die Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für die Staatsangehörigkeit und, soweit möglich, die folgenden weiteren Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übergebenden Person (Vorname, Namen, Geburtsdatum und -ort sowie letzter Wohnort im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei);
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person;
- etwaige sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen;
- den Grenzübergang, an dem die Person übergeben werden soll.

(4) Für die Übergabe und Übernahme vereinbaren die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einen Straßengrenzübergang

oder einen sonstigen Grenzübergang an der gemeinsamen Staatsgrenze. Die Übergabe und Übernahme erfolgt in der Zeit von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

(5) Die zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei beantworten ein Übernahmeersuchen unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von acht Tagen. Die Frist beginnt mit dem Eingang des Übernahmeersuchens bei der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei.

(6) Für die Zwecke des Rückübernahmeabkommens kann der Nachweis der Staatsangehörigkeit mit folgenden Urkunden geführt werden: für die deutsche Staatsangehörigkeit mit

- Staatsangehörigkeitsurkunden,
- Pässen aller Art (Nationalpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Paßersatzdokumente mit Lichtbild),
- Personalausweisen (auch vorläufige und behelfsmäßige Personalausweise),
- Kinderausweisen als Paßersatz,

für die tschechische Staatsangehörigkeit mit

- Personalausweisen mit der Angabe der Staatsangehörigkeit,
- Reisedokumenten mit der Angabe der Staatsangehörigkeit,
- Urkunden oder sonstige amtliche Bescheinigungen mit der Angabe der Staatsangehörigkeit,
- Bescheinigungen über die rechtliche Fähigkeit zur Eheschließung mit der Angabe der Staatsangehörigkeit.

Bei der Vorlage derartiger Dokumente wird die so nachgewiesene Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne daß es einer weiteren Überprüfung bedarf.

(7) Für die Zwecke des Rückübernahmeabkommens kann die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit insbesondere erfolgen durch

- Wehrpässe und Militärausweise,
- vorläufige Identitätsbescheinigungen,
- Führerscheine,
- Geburtsurkunden,
- Seefahrtbücher,
- Binnenschifferausweise,
- Zeugenaussagen,
- eigene Angaben des Betroffenen,

- die Sprache des Betroffenen.

Für den Fall der Glaubhaftmachung gilt die Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(8) Die in den Absätzen 6 und 7 aufgeführten Dokumente genügen auch dann als Nachweis oder Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit, wenn sie durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

(9) Die Übergabe und Übernahme bedarf keiner vorherigen schriftlichen Verständigung zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien, wenn

1. die zu übergebende Person einen gültigen, von der ersuchten Vertragspartei ausgestellten, für die eigenen Staatsangehörigen bestimmten Paß oder Personalausweis besitzt und
2. bei der Übergabe keine Schutzmaßnahmen auf Grund einer Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person erforderlich sind.

(10) Bei der Übergabe muß die ersuchende Vertragspartei der ersuchten Vertragspartei ein „Protokoll über die Übergabe und Übernahme einer Person“ vorlegen, das, soweit möglich, folgendes enthält:

- Vornamen und Namen,
- Geburtsdatum und Geburtsort,
- Staatsangehörigkeit,
- Angaben über den Gesundheitszustand,
- Verzeichnis von Gegenständen und Geldmitteln, die die Person mit sich führt.

Artikel 2

(1) Dieser Artikel bezieht sich auf Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien besitzen (Drittstaatsangehörige).

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien benachrichtigen sich schriftlich im voraus über die beabsichtigte Übergabe und Übernahme, soweit in diesem Artikel nichts anderes bestimmt ist.

(3) Der Antrag auf Übernahme enthält Angaben über die Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für die rechtswidrige Einreise und, soweit möglich, die folgenden weiteren Angaben:

- die Personalien der zu übergebenden Person (Vornamen, Namen, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
- Art, Nummer und Ausstellungsort der Personaldokumente der zu übergebenden Person;
- Tag, Uhrzeit, Ort und Art der rechtswidrigen Einreise;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person;
- etwaige sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen;
- Sprachenkenntnisse der zu übergebenden Person, insbesondere Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Dolmetschers für die Verständigung mit der zu übergebenden Person;
- Vorschlag für Ort und Zeitpunkt der Übergabe.

(4) Die Einreise über die gemeinsame Staatsgrenze auf dem Land-, Wasser- oder Luftwege in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei und die Rechtswidrigkeit dieser Einreise gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens müssen nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden.

1. Die Einreise über die gemeinsame Staatsgrenze wird nachgewiesen durch:
 - Aus- und Einreisestempel der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten,
 - Vermerke der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten,
 - Flugtickets, Bescheinigungen oder Rechnungen, die eindeutig den Aufenthalt der Person auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei beweisen.

Eine in dieser Weise nachgewiesene Einreise über die gemeinsame Staatsgrenze wird unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne daß weitere Erhebungen durchgeführt werden.

2. Die Einreise über die gemeinsame Staatsgrenze wird glaubhaft gemacht durch:
 - Eisenbahnfahrkarten für internationale Verbindungen, die auf den Namen ausgestellt sind oder die den Reiseweg auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei belegen,
 - Ort und Umstände, unter denen der Ausländer nach der Einreise aufgegriffen wurde,

- Aussagen von Behördenpersonen, zum Beispiel von Angehörigen der Grenzbehörden, die den Grenzübertritt bezeugen können,
- Zeugenaussagen.

Eine in dieser Weise glaubhaft gemachte Einreise über die gemeinsame Staatsgrenze gilt unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

3. Die Rechtswidrigkeit der Einreise wird nachgewiesen durch die Grenzübertrittspapiere der Person, in denen das erforderliche Visum oder eine sonstige Aufenthaltsgenehmigung für das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei fehlt. Für die Glaubhaftmachung der Rechtswidrigkeit der Einreise genügt die Angabe der ersuchenden Vertragspartei, daß die Person nach ihren Feststellungen die erforderlichen Grenzübertrittspapiere oder das erforderliche Visum oder eine sonstige Aufenthaltsgenehmigung nicht besitzt.

(5) Die Fristen nach Artikel 3 des Rückübernahmeabkommens sind Höchstfristen. Der Antrag auf Übernahme soll unverzüglich gestellt werden, auch wenn eine sofortige Übergabe wegen rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse nicht möglich ist. Die Übergabe erfolgt möglichst unverzüglich.

(6) Für den Fall, daß die rechtzeitige Übergabe wegen tatsächlicher Hindernisse nicht möglich ist, findet Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 des Rückübernahmeabkommens entsprechende Anwendung. Die ersuchende Vertragspartei unterrichtet die ersuchte Vertragspartei unverzüglich, sobald die Übergabe wieder möglich ist. Der Antrag auf Übernahme wird gegenstandslos, wenn das tatsächliche Übergabehindernis nicht innerhalb von sechs Monaten seit der rechtswidrigen Einreise des Ausländers entfallen ist.

(7) Hat die ersuchte Vertragspartei die Frist für die Übergabe nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 des Rückübernahmeabkommens verlängert, teilt die ersuchende Vertragspartei ihr unverzüglich den Wegfall des rechtlichen oder des tatsächlichen Hindernisses mit.

(8) Die Übergabe und Übernahme erfolgen an dem zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbarten Grenzübergang zu dem vereinbarten Zeitpunkt.

(9) Für die formlose Übergabe und Übernahme einer Person nach Artikel 3 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens gilt folgendes Verfahren:

1. Die Übergabe wird auf Grund eines schriftlichen Antrags unmittelbar von den örtlichen Grenzdienststellen durchgeführt.

2. Die ersuchte Vertragspartei übernimmt die Person, wenn die ersuchende Vertragspartei nachweisen oder glaubhaft machen kann, daß der Ausländer rechtswidrig innerhalb der letzten zweiundsiebzig Stunden aus dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei eingereist ist.
3. Für den Nachweis und die Glaubhaftmachung der rechtswidrigen Einreise gilt Absatz 4 entsprechend.
4. Die Übergabe und Übernahme findet in der Zeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr an folgenden Grenzübergängen statt:
 - Seifhennersdorf–Varnsdorf/Warnsdorf
 - Schmilka–Hrensko/Herrnskretsch
 - Bad Schandau Bahnhof–Decin/Tetschen
 - Zinnwald–Cinovec/Zinnwald
 - Schönberg–Vojtanov/Voiteersreuth
 - Schirnding Bahnhof–Cheb/Eger
 - Schirnding Straße–Pomezi nad Ohri/Mühlbach
 - Waldsassen–Svaty Kriz/Heiligenkreuz
 - Waidhaus–Rozvadov/Roßhaupt
 - Waldmünchen–Liskova/Haselbach
 - Furth im Wald Schafberg–Folmava/Vollnau
 - Bayensch Eisenstein–Zelezna Ruda/Markt Eisenstein
 - Philippsreuth–Strazny/Kuschwarda

Die Vertragsparteien können weitere Grenzübergänge für die Übergabe und Übernahme vereinbaren.

(10) Bei der Übergabe muß die ersuchende Vertragspartei der ersuchten Vertragspartei ein „Protokoll über die Übergabe und Übernahme einer Person“ vorlegen, das, soweit möglich, folgendes enthält:

- Vornamen und Namen,
- Geburtsdatum und Geburtsort,
- Staatsangehörigkeit,
- Angaben über den Gesundheitszustand,
- Verzeichnis von Gegenständen und Geldmitteln, die die Person mit sich führt.

(11) Falls die ersuchende Vertragspartei eine Person übergibt, deren Gesundheitszustand eine besondere ärztliche Pflege erfordert, teilt sie der anderen Vertragspartei den Gesundheitszu-

stand der Person und den fallbezogenen Charakter der Pflege-
maßnahmen mit.

Artikel 3

(1) Der Antrag auf polizeiliche Durchbeförderung gemäß Artikel 5 des Rückübernahmeabkommens ist schriftlich zu stellen. Der Antrag muß die persönlichen Daten des Ausländers (Vornamen, Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Art und Nummer des Reisedokuments) und stets die Erklärung enthalten, daß die Voraussetzungen gemäß Artikel 5 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens erfüllt sind und daß keine Gründe für die Ablehnung gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens bekannt sind. Ferner müssen der Grenzübergang, Zeit der Übergabe und gegebenenfalls der Umstand, daß eine besondere gesundheitliche Pflege sichergestellt werden muß, angegeben werden.

(2) Die ersuchte Vertragspartei benachrichtigt unverzüglich schriftlich die ersuchende Vertragspartei über die Übernahme mit Angabe des Grenzübergangs und der Übernahmezeit oder über die Ablehnung der Übernahme und die Gründe der Ablehnung.

(3) Die Übergabe und Übernahme finden an folgenden Grenzübergängen statt:

- Bad Schandau Bahnhof–Decin/Tetschen
- Bahratal–Petrovice/Peterswald
- Reitzenhain–Hora Sv. Sebastiana/Sebastiansberg
- Schirnding Bahnhof–Cheb/Eger
- Schirnding Straße–Pomezí nad Ohří/Mühlbach
- Waidhaus–Rozvadov/Roßhaupt
- Furth im Wald Schafberg–Folmava/Vollmau

(4) Die Durchbeförderung eines Drittstaatsangehörigen über einen Flughafen der anderen Vertragspartei bedarf keines schriftlichen Antrags. Die zuständige Behörde der rückführenden Vertragspartei teilt der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei rechtzeitig die beabsichtigte Rückführung mit. Die Mitteilung enthält folgende Angaben:

- Personalien der zurückzuführenden Person,
- Flugdaten (Tag, Flugnummern, Flugzeiten),
- etwaige amtliche Begleitpersonen.

Artikel 4

Soweit aufgrund des Rückübernahmeabkommens oder dieses Durchführungsprotokolls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Behörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Behörden darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Behörde erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Die übermittelnde Behörde weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

8. Beide Behörden sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 5

Zuständige deutsche Behörden sind

1. für die Durchführung der Artikel 1 bis 3 des Rückübernahmeabkommens sowie des Artikels 3 Absätze 1 bis 3 dieses Durchführungsprotokolls
 - a) im Teil der Grenze des Freistaats Sachsen
das Grenzschutzamt Pirna
Rottwerndorfer Str. 22
01796 Pirna
Telefon: 0 35 01/5 57 60
Fax: 0 35 01/44 46 24;
 - b) im Teil der Grenze des Freistaats Bayern
das Grenzschutz- und Bahnpolizeiamt Schwandorf
Weinbergstr. 47
92421 Schwandorf
Telefon: 0 94 31/80 16
Fax: 0 94 31/97 75
und
der Grenzbeauftragte der Bayerischen Grenzpolizei in
Furth im Wald
Daberger Str. 7
93437 Furth im Wald
Telefon: 0 99 73/5 04-0
Fax: 0 99 73/5 04-1 51.

In den Fällen des Artikels 1 des Rückübernahmeabkommens werden, in den Fällen des Artikels 2 des Rückübernahmeabkommens können das Grenzschutzamt Pirna, das Grenzschutz- und Bahnpolizeiamt Schwandorf und der Grenzbeauftragte der Bayerischen Grenzpolizei durch die örtlich zuständigen Grenzdienststellen handeln.

2. für die Durchführung des Artikels 3 Absatz 4 dieses Durchführungsprotokolls
die Grenzschutzdirektion
Roonstraße 13
56068 Koblenz
Telefon: 02 61/3 99-0 (Vermittlung)
39 92 50 (Fahndungsleitstelle)
Fax: 02 61/39 94 72.

Zuständige tschechische Behörden sind

1. für die Durchführung der Artikel 1 bis 3 des Rückübernahmeabkommens sowie des Artikels 3 Absätze 1 bis 3 dieses Durchführungsprotokolls

- a) die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Nordböhmisches Bezirks, Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst in Ústi nad Labem/Aussig an der Elbe. In ihren Zuständigkeitsbereich gehört der Grenzabschnitt I Grenzzeichen 1 bis zum Grenzabschnitt XVI Grenzzeichen 14.

Adresse: Polizei der Tschechischen Republik
Verwaltung des Nordböhmisches Bezirks
Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst
Horova 13

401 79 Ústi nad Labem

Telefon: 0 47/5 28 23 59

Fax: 0 47/5 21 00 51

- b) die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Westböhmisches Bezirks, Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst in Plzen/Pilsen. In ihren Zuständigkeitsbereich gehört der Grenzabschnitt XVI Grenzzeichen 14 bis zum Grenzabschnitt XI Grenzzeichen 6.

Adresse: Polizei der Tschechischen Republik
Verwaltung des Westböhmisches Bezirks
Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst
Presovská 10

306 28 Plzen

Telefon: 0 19/7 23 51 62

Fax: 0 19/7 23 51 62

2. für die Durchführung der Artikel 1 bis 3 des Rückübernahmeabkommens

die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Südböhmisches Bezirks, Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst in České Budejovice/Böhmisch Budweis. In ihren Zuständigkeitsbereich gehört der Grenzabschnitt XI Grenzzeichen 6 bis zum Grenzabschnitt XII Grenzzeichen 17.

Adresse: Polizei der Tschechischen Republik
Verwaltung des Südböhmisches Bezirks
Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst
Prazská 23

370 74 České Budejovice

Telefon: 0 38/2 85 06

Fax: 0 38/2 47 31.

3. In den Fällen des Artikels 1 des Rückübernahmeabkommens werden, in den Fällen des Artikels 2 des Rückübernahmeabkommens können die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Nordböhmisches Bezirks – Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst – in Usti nad Labem/Aussig an der Elbe, die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Westböhmisches Bezirks – Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst – in Pizen/Pilsen und die Polizei der Tschechischen Republik, Verwaltung des Südböhmisches Bezirks – Abteilung Ausländerpolizei und Paßdienst – in České Budejovice/Böhmisch Budweis, durch die örtlich zuständigen Grenzdienststellen handeln.
4. Für die Durchführung des Artikels 3 Absatz 4 dieses Durchführungsprotokolls
die Polizei der Tschechischen Republik, Direktion des Dienstes der Ausländer und Grenzpolizei
Adresse: Olsanská 2, postovní schránka 78
130 51 Praha
Telefon: 02/33 54 18 26 an Arbeitstagen von 8.00 bis 16.00 Uhr
02/24 22 61 68 außerhalb der Arbeitszeit (Bereitstellungsdienst)
Fax: 02/6 91 94 68

Artikel 6

(1) Dieses Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Rückübernahmeabkommen in Kraft.

(2) In der Zeit, in der die Durchführung des Rückübernahmeabkommens ausgesetzt ist, wird dieses Protokoll nicht durchgeführt.

(3) Dieses Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Rückübernahmeabkommen außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 3. November 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland:

KANTHER

Für das Ministerium des Innern
der Tschechischen Republik:

JAN RUML

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

DOHODA MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A
VLÁDOU ČESKÉ REPUBLIKY O ZPĚTNÉM PŘEBÍRÁNÍ OSOB
NA SPOLEČNÝCH STÁTNÍCH HRANICÍCH

Vláda Spolkové republiky Německo

a

Vláda České republiky

(dále jen "smluvní strany")

vedeny snahou ulehčit zpětné přebírání osob na společných státních hranicích a průvoz osob v duchu spolupráce a dobrého sousedství a na základě vzájemnosti

se dohodly takto:

Část I

Přebírání vlastních státních občanů

Článek 1

(1) Každá smluvní strana převezme bez zvláštních formalit na žádost druhé smluvní strany osobu, která na území státu žádající smluvní strany nesplňuje nebo přestane splňovat platné podmínky pro vstup nebo pobyt, pokud bude prokázáno nebo věrohodně doloženo, že tato osoba má státní občanství státu žádané smluvní strany.

(2) Žádající smluvní strana převezme tuto osobu za stejných podmínek zpět, pokud se dodatečně zjistí, že v okamžiku vycestování z území státu žádající smluvní strany neměla tato osoba státní občanství státu žádané smluvní strany.

Část II

Přebírání občanů třetích států v případě protiprávního vstupu

Článek 2

(1) Každá smluvní strana převezme na žádost druhé smluvní strany bez zvláštních formalit osobu, která nemá státní občanství státu žádné ze smluvních stran (dále jen "občan třetího státu"), jestliže bude prokázáno nebo věrohodně doloženo, že přicestovala protiprávně z území státu žádané smluvní strany na území státu žádající smluvní strany. Protiprávní je takový vstup, jestliže občan třetího státu v okamžiku vstupu na území státu žádající smluvní strany nesplňuje platné podmínky pro vstup podle vnitrostátních předpisů státu žádající smluvní strany.

(2) Povinnost zpětného převzetí podle odstavce 1 se nevztahuje na občana třetího státu, který při vstupu na území státu žádající smluvní strany měl platné vízum nebo jiné platné povolení opravňující k pobytu vydané touto smluvní stranou nebo jemuž bylo po jeho vstupu uděleno touto smluvní stranou vízum nebo jiné povolení opravňující k pohybu.

Článek 3

(1) Každá smluvní strana převezme bez zvláštních formalit a po předchozím vyrozumění občana třetího státu, o jehož převzetí požádala druhá smluvní strana během sedmdesáti dvou hodin po jeho protiprávním vstupu.

(2) Jestliže se žádá o převzetí po uplynutí lhůty uvedené v odstavci 1, musí být žádost o převzetí podána do 6 měsíců od doby, kdy příslušné úřady zjistí protiprávní

vstup občana třetího státu. Žádaná smluvní strana odpoví na žádost o převzetí, která jí byla adresována, neprodleně, nejpozději však do osmi dnů. Převzetí občana třetího státu se uskuteční neprodleně, nejpozději však ve lhůtě tří měsíců poté, kdy žádaná smluvní strana s převzetím vyslovila souhlas. Tato lhůta se prodlužuje na žádost žádající smluvní strany jen v případě právních překážek pro převzetí, a to pouze na dobu, kdy tyto právní překážky trvají. Převzetí nelze provést v případě těch občanů třetích států, kteří se prokazatelně zdržovali na území státu žádající smluvní strany déle než dvanáct měsíců po protiprávním vstupu.

(3) Žádající smluvní strana převezme bez zvláštních formalit zpět občana třetího státu, pokud žádaná smluvní strana během třiceti dnů po jeho převzetí zjistí, že

- a) nevstoupil na území státu žádající smluvní strany z území jejího státu nebo
- b) se prokazatelně zdržoval na území státu žádající smluvní strany déle než dvanáct měsíců po protiprávním vstupu.

Článek 4

(1) Za povolení k pobytu ve smyslu této části se považuje jakékoli povolení vydané příslušným orgánem jedné ze smluvních stran, které opravňuje k pobytu na území jejího státu. Za ně se nepovažuje časově omezený souhlas s pobytem na území státu jedné ze smluvních stran vydaný za účelem projednání žádosti o azyl nebo žádosti o udělení povolení k pobytu.

(2) Příslušné orgány smluvních stran se budou vzájemně informovat o právních předpisech upravujících povolování vstupu a pobytu na území jejich států.

Část III

Průvoz

Článek 5

(1) Smluvní strany převezmou k policejnímu průvozu přes území svého státu občana třetího státu, jestliže o to druhá smluvní strana požádá a převzetí zajistila v případných průvozních státech a v cílovém státě.

(2) Policejní průvoz může být odmítnut, jestliže

- a) by byla tato osoba v dalším průvozním státě nebo v cílovém státě vystavena nebezpečí politického pronásledování nebo pokud by jí očekávalo trestní stíhání nebo výkon trestu nebo
- b) jí hrozí trestní stíhání na území státu žádané smluvní strany; o této skutečnosti je třeba informovat žádající smluvní stranu před provedením policejního průvozu.

(3) Průjezdni vízum žádané smluvní strany se nevyžaduje.

(4) Přes udělený souhlas lze vracet druhé smluvní straně osoby převzaté k průvozu, pokud dodatečně nastanou nebo vstoupí ve známost skutečnosti ve smyslu odstavce 2, které průvozu zabraňují nebo jestliže není zajištěna další cesta nebo převzetí cílovým státem.

Část IV
Ochrana dat

Článek 6

Jestliže je k provádění této dohody nutný přenos osobních dat, mohou se tyto informace týkat výlučně:

- a) osobních údajů předávané osoby a popřípadě jejích rodinných příslušníků (příjmení, jméno, popřípadě dřívější jméno, přezdívkou nebo pseudonym, datum a místo narození, pohlaví, současné a dřívější státní občanství);
- b) osobního průkazu nebo cestovního pasu (číslo, doba platnosti, datum vydání, vydávající úřad, místo vydání atd.);
- c) dalších údajů potřebných k identifikaci předávaných osob;
- d) míst pobytu a dosavadní trasy cesty;
- e) povolení k pobytu nebo víz udělených jednou ze smluvních stran;
- f) popřípadě místa podání žádosti o azyl;
- g) popřípadě data podání dřívější žádosti o azyl, data podání nynější žádosti o azyl, dosaženého stavu v řízení a pravděpodobného výsledku tohoto řízení.

Část V Náklady

Článek 7

(1) Náklady na přepravu osob přebíraných podle článků 1 až 3 hradí až k hraničnímu přechodu na společných státních hranicích žádající smluvní strana.

(2) Náklady na průvoz až na státní hranice cílového státu podle článku 5 a popřípadě i náklady spojené se zpětným převozem hradí žádající smluvní strana.

Část VI Prováděcí ustanovení

Článek 8

Úpravy potřebné k provádění této dohody, zejména pak ustanovení o

- a) způsobu vzájemného vyrozumívání,
- b) údajích, podkladech a důkazních prostředcích potřebných k převzetí,
- c) úřadech příslušných k provádění této dohody,
- d) hraničních přechodech určených k přebírání osob,
- e) náhradě nákladů podle článku 7,
- f) podmínkách policejního průvozu občanů třetích států

sjednají Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové republiky Německo a Ministerstvo vnitra České republiky v prováděcím ujednání k této dohodě.

Část VII Výbor expertů

Článek 9

(1) Smluvní strany se budou vzájemně podporovat při provádění a výkladu této dohody. K tomuto účelu vytvoří výbor expertů, který bude

- a) sledovat provádění této dohody,
- b) předkládat návrhy na řešení otázek souvisejících s prováděním této dohody,
- c) zpracovávat návrhy změn a doplňků k této dohodě,
- d) připravovat a doporučovat vhodná opatření k potírání protiprávní imigrace cizinců.

(2) Souhlas příslušných orgánů smluvních stran s těmito návrhy a opatřeními je vyhrazen.

(3) Výbor se skládá vždy ze tří zástupců německé a české strany. Příslušné orgány smluvních stran z nich určí předsedu a zástupce; zároveň budou určeny osoby, které je zastupují. Ke konzultacím lze přizvat i další experty.

(4) Výbor se schází na návrh jednoho z předsedů, nejméně však jednou za rok.

Část VIII
Závěrečná ustanovení

Článek 10

(1) Provádění Úmluvy o právním postavení uprchlíků z 28. července 1951 ve znění Protokolu týkajícího se právního postavení uprchlíků z 31. ledna 1967 není dotčeno.

(2) Závazky smluvních stran z mezistátních smluv nejsou dotčeny.

Článek 11

Tato dohoda vstoupí v platnost prvého dne druhého měsíce po jejím podpisu.

Článek 12

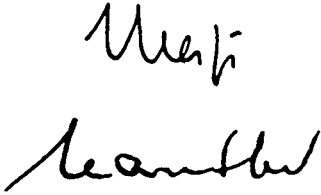
(1) Tato dohoda se uzavírá na dobu neurčitou.

(2) Každá smluvní strana může po vyrozumění druhé smluvní strany notifikovat pozastavení provádění této dohody s výjimkou článku 1, jestliže to vyžadují závažné důvody, zejména ochrana bezpečnosti státu, veřejného pořádku nebo zdraví občanů. O zrušení takového opatření se smluvní strany neprodleně informují diplomatickou cestou.

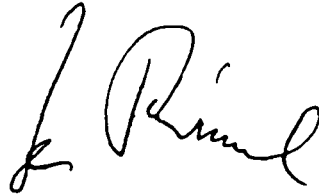
(3) Každá smluvní strana může tuto dohodu po vyrozumění druhé smluvní strany diplomatickou nótou vypovědět ze závažných důvodů, zejména z důvodů uvedených v odstavci 2.

(4) Pozastavení provádění této dohody nebo její výpověď nabývá účinnosti prvního dne měsíce následujícího po měsíci, v němž byla nota doručena druhé smluvní straně.

Za vládu
Spolkové republiky Německo:



Za vládu
České republiky:



UJEDNÁNÍ K PROVÁDĚNÍ DOHODY MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A VLÁDOU ČESKÉ REPUBLIKY O ZPĚTNÉM PŘEBÍRÁNÍ OSOB NA SPOLEČNÝCH STÁTNÍCH HRANICÍCH ZE DNE 3. LISTOPADU 1994

Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové republiky Německo

a

Ministerstvo vnitra České republiky

(dále jen "smluvní strany")

na základě článku 8 Dohody mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994 (dále jen "readmisní dohoda")

se dohodly takto:

Článek 1

(1) Tento článek se vztahuje na osoby, které mají státní občanství jednoho ze států smluvních stran.

(2) Příslušné útvary smluvních stran se předem písemně vyzoomí o zamýšleném předání a převzetí, pokud v tomto článku není stanoveno jinak.

(3) Žádost o převzetí musí obsahovat údaje o prostředcích prokazujících státní občanství nebo dokládajících jeho věrohodnost, a pokud možno tyto další údaje :

- osobní údaje předávané osoby (jméno, příjmení, datum narození, místo narození, poslední místo pobytu na výsostném území státu žádané smluvní strany);
- případnou potřebu zvláštní pomoci, ošetřování nebo péče o předávanou osobu vzhledem k jejímu onemocnění nebo věku;

- případná jiná ochranná nebo bezpečnostní opatření, kterých je v jednotlivých případech při předávání osob zapotřebí;
- hraniční přechod, na němž má být osoba předána.

(4) K předání a převzetí osoby dohodnou příslušné útvary smluvních stran silniční hraniční přechod nebo jiný hraniční přechod na společných státních hranicích. Předání a převzetí se provádí v době od 8.00 do 20.00 hodin.

(5) Příslušné útvary žádané smluvní strany odpoví na žádost o převzetí bez průtahů, nejpozději však do osmi dnů. Tato lhůta začíná okamžikem doručení žádosti o převzetí příslušnému útvaru žádané smluvní strany.

(6) Pro účely readmisní dohody může být státní občanství prokázáno těmito doklady:

Státní občanství Spolkové republiky Německo:

- doklady o státním občanství;
- všemi druhy pasů (národními pasy, diplomatickými pasy, služebními pasy, doklady nahrazujícími pas opatřenými fotografií);
- osobními průkazy (též prozatímními a pomocnými osobními průkazy);
- dětskými průkazy jako náhradou pasu;

Státní občanství České republiky:

- občanskými průkazy s vyznačeným státním občanstvím;
- cestovními doklady s vyznačeným státním občanstvím;
- doklady nebo jinými úředními potvrzeními s vyznačeným státním občanstvím;
- potvrzeními o právní způsobilosti k uzavření manželství s vyznačeným státním občanstvím.

Při předložení dokladů tohoto druhu je takto prokázané státní občanství závazně uznáno příslušnými útvary smluvních stran bez potřeby jeho dalšího přezkoumávání.

(7) Doložení věrohodnosti státního občanství pro účely readmisní dohody může být provedeno zejména

- průkazy branců a vojenskými knížkami;
- prozatímními potvrzeními totožnosti;
- řidičskými průkazy;
- rodnými listy;
- námořnickými knížkami;
- průkazy pro vnitrozemskou plavbu;
- výpověďmi svědků;
- vlastními údaji dotyčné osoby;
- jazykem, který dotyčná osoba užívá.

Doložení věrohodnosti státního občanství platí mezi příslušnými útvary smluvních stran jako dané, pokud to příslušný útvar žádané smluvní strany nevyvrátil.

(8) Doklady uvedené v odstavcích 6 a 7 postačují k prokázání nebo doložení věrohodnosti státního občanství i tehdy, jestliže pozbyly postupem doby své platnosti.

(9) Předání a převzetí nevyžadují předběžné písemné vyrozumění mezi příslušnými útvary smluvních stran, jestliže:

1. předávaná osoba je držitelem platného pasu nebo osobního průkazu, který žádaná smluvní strana vydává vlastním státním občanům a
2. při předání nejsou potřebná žádná ochranná opatření s ohledem na potřebu pomoci, ošetřování nebo péče o předávanou osobu.

(10) Při předání je příslušný útvar žádající smluvní strany povinnen předložit příslušnému útvaru žádané smluvní strany "Protokol o předání a převzetí osoby", který, pokud možno, obsahuje následující údaje:

- jméno a příjmení;
- datum a místo narození;
- státní občanství;
- údaj o zdravotním stavu;
- seznam předmětů a peněžních prostředků, které má osoba u sebe.

Článek 2

(1) Tento článek se vztahuje na osoby, které nemají státní občanství jednoho ze států smluvních stran (občané třetích států).

(2) Příslušné útvary smluvních stran se předem písemně vyrozumí o zamýšleném předání a převzetí, pokud není v tomto článku stanoveno jinak.

(3) Žádost o převzetí obsahuje údaje o prostředcích, které prokazují či vérohodně dokládají protiprávní vstup, a pokud možno i tyto další údaje :

- osobní údaje předávané osoby (jméno, příjmení, datum narození, místo narození, státní občanství, poslední místo pobytu ve státu původu);
- druh, číslo a místo vydání osobních dokladů předávané osoby;
- den, hodinu, místo a způsob protiprávního vstupu;

- případnou potřebu zvláštní pomoci, ošetřování nebo péče o předávanou osobu vzhledem k jejímu věku nebo onemocnění;
- případná jiná ochranná nebo bezpečnostní opatření, kterých je v jednotlivých případech při předávání osob zapotřebí;
- jazykové znalosti předávané osoby, zejména nutnost poskytnutí tlumočnicka za účelem dorozumění se s předávanou osobou;
- návrh místa a času předání.

(4) Vstup na území státu žádající smluvní strany přes společné státní hranice pozemní, vodní nebo vzdušnou cestou a protiprávnost tohoto vstupu podle článku 2 odst. 1 readmisní dohody musí být prokázány nebo vérohodně doloženy.

1. Vstup přes společné státní hranice se prokazuje :

- označením cestovních dokladů výstupním nebo vstupním razítkem příslušného útvaru žádané smluvní strany;
- záznamy příslušného útvaru žádané smluvní strany v cestovních dokladech;
- letenkami, potvrzeními a účty, z nichž je možno jednoznačně doložit pobyt osoby na území státu žádané smluvní strany.

V těchto případech si takto prokázaný vstup přes společné státní hranice příslušné útvary smluvních stran bez dalšího přezkoumávání závazně uznají.

2. Vstup přes společné státní hranice se věrohodně dokládá :

- mezinárodními železničními jízdenkami vystavenými na jméno nebo dokládajícími trasu cesty na území státu žádané smluvní strany;
- místem a okolnostmi, za nichž byl cizinec po vstupu zadržen;
- výpověďmi úředních osob, například příslušníků pohraničních útvarů, kteří mohou dosvědčit překročení státních hranic;
- výpověďmi svědků.

V těchto případech platí takto věrohodně doložený vstup přes společné státní hranice mezi příslušnými útvary smluvních stran za daný, pokud to příslušný útvar žádané smluvní strany nevyvrátil.

3. Protiprávnost vstupu se prokazuje doklady k překračování státních hranic dotyčné osoby, v nichž chybí potřebné vízum nebo jiné povolení k pobytu na území státu žádající smluvní strany. K doložení věrohodnosti protiprávnosti vstupu postačí údaj příslušného útvaru žádající smluvní strany, že tato osoba podle jeho zjištění není držitelem potřebných dokladů k překračování státních hranic nebo potřebného víza nebo jiného povolení k pobytu.

(5) Lhůty podle článku 3 readmisní dohody jsou lhůty maximální. Žádost o převzetí musí být podána bez průtahů, i když není okamžité předání z právních nebo věcných překážek možné. Předání se uskuteční co možná nejdříve.

(6) V případě, že včasné předání není možné z věcných překážek, použije se obdobně článek 3 odst. 2 věta čtvrtá

readmisní dohody. Příslušný útvar žádající smluvní strany informuje neprodleně příslušný útvar žádané smluvní strany, jakmile je předání opět možné. Žádost o převzetí se považuje za bezpředmětnou, jestliže není během šesti měsíců od protiprávního vstupu cizince odstraněna věcná překážka předání.

(7) Jestliže příslušný útvar žádané smluvní strany prodlouží lhůtu pro předání ve smyslu článku 3 odst. 2 čtvrté věty readmisní dohody, oznámí jí příslušný útvar žádající smluvní strany neprodleně odstranění právní a věcné překážky.

(8) Předání a převzetí probíhá na hraničním přechodu dohodnutém mezi příslušnými útvary smluvních stran v dohodnutém termínu.

(9) Pro předání a převzetí osoby bez formalit ve smyslu článku 3 odst. 1 readmisní dohody platí následující postup:

1. Předání provádějí místní pohraniční orgány bezprostředně na základě písemné žádosti.
2. Příslušný útvar žádané smluvní strany převezme osobu, jestliže příslušný útvar žádající smluvní strany může prokázat nebo věrohodně doložit, že cizinec protiprávně vstoupil z území státu žádané smluvní strany během uplynulých sedmdesátidvou hodin.
3. K prokázání a doložení věrohodnosti protiprávního vstupu platí úpravy sjednané podle odstavce 4.
4. Předání a převzetí se uskutečňuje v době od 8,00 hodin do 16,00 hodin na následujících hraničních přechodech:

| | |
|-----------------|-------------|
| Seifhennersdorf | - Varnsdorf |
| Schmilka | - Hřensko |

| | |
|-------------------------|-------------------|
| Bad Schandau | - Děčín |
| Zinnwald/Cínovec | - Cínovec |
| Schönberg | - Vojtanov |
| Schirnding (nádraží) | - Cheb |
| Schirnding | - Pomezí nad Ohří |
| Valdsassen | - Svatý Kříž |
| Vaidhaus | - Rozvadov |
| Valdmünchen | - Lísková |
| Furth im Vald Schafberg | - Folemava |
| Bayerisch Eisenstein | - Železná Ruda |
| Phillipsreuth | - Strážný |

Smluvní strany mohou sjednat další hraniční přechody určené pro předávání a přebírání osob.

(10) Při předání je příslušný útvar žádající smluvní strany povinnen předložit příslušnému útvaru žádané smluvní strany "Protokol o předání a převzetí osoby", který obsahuje pokud možno následující údaje:

- jméno a příjmení;
- datum a místo narození;
- státní občanství;
- údaj o zdravotním stavu;
- seznam předmětů a peněžních prostředků, které má osoba u sebe.

(11) V případě, že příslušný útvar žádající smluvní strany předává osobu, jejíž zdravotní stav vyžaduje zvláštní lékařskou péči, informuje příslušný útvar druhé smluvní strany o jejím zdravotním stavu a charakteru opatření potřebných při péči o tuto osobu.

Článek 3

(1) Žádost o policejní průvoz podle článku 5 readmisní dohody je třeba podat písemně. Žádost musí obsahovat osobní údaje cizince (jméno, příjmení, datum a místo narození, státní občanství, druh a číslo cestovního dokladu) a vždy prohlášení, že jsou splněny předpoklady podle článku 5 odst. 1 readmisní dohody a nejsou známy žádné důvody k odmítnutí podle článku 5 odst. 2 readmisní dohody. Dále musí být uvedeny hraniční přechod, termín předání a případně okolnost, že je nutno zajistit zvláštní zdravotní péči.

(2) Příslušný útvar žádané smluvní strany bez průtahů písemně informuje příslušný útvar žádající smluvní strany o převzetí s uvedením hraničního přechodu a času převzetí nebo o odmítnutí převzetí a jeho důvodech.

(3) Předání a převzetí se uskutečňuje na těchto hraničních přechodech:

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Bad Schandau (nádraží) | - Děčín |
| Bahratal | - Petrovice |
| Reitzenhain | - Hora Sv. Šebestiána |
| Schirnding (nádraží) | - Cheb |
| Schirnding | - Pomezí nad Ohří |
| Vaidhaus | - Rozvadov |
| Furth im Vald Schafberg | - Folmava |

(4) Průvoz občana třetího státu přes letiště státu druhé smluvní strany nevyžaduje písemnou žádost. Příslušný útvar vracující smluvní strany včas oznámí příslušnému útvaru druhé smluvní strany zamýšlené zpětné vrácení osoby. Sdělení obsahuje následující údaje:

- osobní údaje vracené osoby;
- letové údaje (den, číslo letu, čas příletu a odletu);
- případný úřední doprovod.

Článek 4

Uskutečňuje-li se na základě readmisní dohody nebo tohoto ujednání podle vnitrostátního práva přenos osobních údajů, platí následující ustanovení při dodržení právních předpisů platných pro každou smluvní stranu :

1. Použití údajů příjemcem je přípustné jen ke stanovenému účelu a za podmínek určených předávajícím útvarům.
2. Příjemce informuje předávající útvar na jeho žádost o použití předaných údajů a o výsledcích, kterých tím bylo dosaženo.
3. Osobní údaje mohou být předávány jen příslušným útvarům. Další předávání jiným útvarům může být provedeno jen s předchozím souhlasem předávajícího útvaru.
4. Předávající útvar je povinen dbát na správnost předávaných údajů, jakož i na potřebnost a úměrnost ve vztahu k účelu, která přenos údajů sleduje. Při tom je třeba respektovat zákazy přenosu údajů stanovené příslušným vnitrostátním právem. Zjistí-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, jejichž přenos je zakázán, je třeba to příjemci neprodleně sdělit. Ten je povinen provést jejich opravu nebo údaje zničit.
5. Dotyčné osobě je třeba na její žádost poskytnout informace o údajích k ní existujících, jakož i o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost poskytnutí informace není důna, jestliže se zvaží, že veřejný zájem na neposkytnutí informace převažuje nad zájmem dotyčné osoby na jejím sdělení. Jinak se řídí právo dotyčné osoby na poskytnutí informace o údajích k ní existujících vnitrostátním právem té smluvní strany, na jejímž území bylo o informaci požádáno.

6. Předávající útvar při přenosu údajů informuje o lhůtách platných pro jejich vymazání v souladu se svým vnitrostátním právním řádem. Nezávisle na těchto lhůtách je třeba předané osobní údaje vymazat, jakmile již nejsou potřebné k účelu, pro který byla předána.
7. Předávající a přijímající útvar je povinen vést evidenci o předávání a příjmu osobních údajů.
8. Oba útvary jsou povinny účinně chránit předané osobní údaje před neoprávněným přístupem k nim, jejich neoprávněnými změnami a neoprávněným sdělením třetím osobám.

Článek 5

Příslušnými německými útvary jsou:

1. K provádění článků 1 až 3 readmisní dohody, jakož i článku 3 odst. 1 až 3 tohoto ujednání
 - a) v části státních hranic se Svobodným státem Sasko
Úřad ochrany hranic Pirna
Rottwerndorfer Str. 22
01796 Pirna
Telefon: 03501/55760
Fax: 03501/444624
 - b) v části státních hranic se Svobodným státem Bavorsko
Úřad ochrany hranic a železniční policie Schwandorf
Veinbergstr. 47
92421 Schwandorf
Telefon: 09431/8016
Fax: 09431/9775

a

Hraniční pověřenec Bavorské pohraniční policie
Furth im Vald
Daberger Str. 7
93437 Furth im Vald
Telefon: 09973/504-0
Fax: 09973/504-151

Úřad ochrany hranic Pirna, Úřad ochrany hranic a železniční policie Schwandorf a Hraniční pověřenec Bavorské pohraniční policie budou v případech uvedených v článku 1 readmisní dohody a mohou v případech uvedených v článku 2 readmisní dohody jednat prostřednictvím místně příslušných pohraničních odbavovacích služeben.

2. K provádění článku 3 odst. 4 tohoto ujednání

Ředitelství ochrany hranic
Roonstr. 13
56068 Koblenz/Koblenc
Telefon: 0261/399-0 (spojovatelka)
399250 (středisko pátrání)
Fax: 0261/399472.

Příslušnými českými útvary jsou :

1. pro provádění článků 1 až 3 readmisní dohody, jakož i článku 3 odst. 1 až 3 tohoto ujednání

- a) Policie České republiky, Správa Severočeského kraje, odbor cizinecké policie a pasové služby v Ústí nad Labem. Do jeho působnosti spadá část státních hranic

od hraničního úseku I hraničního znaku 1 do hraničního úseku XVI hraničního znaku 14.

Adresa : Policie České republiky
Správa Severočeského kraje
Odbor cizinecké policie a pasové služby
Horova 13
401 79 Ústí nad Labem
Telefon : 047/5282359
Fax : 047/5210051

- b) Policie České republiky, Správa Západočeského kraje, odbor cizinecké policie a pasové služby v Plzni. Do jeho působnosti spadá část státních hranic od hraničního úseku XVI hraničního znaku 14 do hraničního úseku XI hraničního znaku 6.

Adresa : Policie České republiky
Správa Západočeského kraje
Odbor cizinecké policie a pasové služby
Prešovská 10
306 28 Plzeň
Telefon : 019/7235162
Fax : 019/7235162

2. pro provádění článků 1 až 3 readmisní dohody

Policie České republiky, Správa Jihočeského kraje, odbor cizinecké policie a pasové služby v Českých Budějovicích. Do jeho působnosti spadá část státních hranic od hraničního

úseku XI hraničního znaku 6 do hraničního úseku XII hraničního znaku 17.

Adresa : Policie České republiky
Správa Jihočeského kraje
Odbor cizinecké policie a pasové služby
Pražská 23
370 74 České Budějovice
Telefon : 038/28506
Fax : 038/24731

3. Policie České republiky, Správa Severočeského kraje - odbor cizinecké policie a pasové služby Ústí nad Labem, Policie České republiky, Správa Západočeského kraje - odbor cizinecké policie a pasové služby Plzeň a Policie České republiky, Správa Jihočeského kraje - odbor cizinecké policie a pasové služby České Budějovice budou v případech uvedených v článku 1 readmisní dohody a mohou v případech uvedených v článku 2 readmisní dohody jednat prostřednictvím místně příslušných pohraničních odbavovacích služeben.

4. pro provádění článku 3 odst. 4 tohoto ujednání

Policie České republiky
Ředitelství služby cizinecké a pohraniční policie
Olšanská 2, poštovní schránka 78
130 51 Praha 3

Telefon : 02/33541826 v pracovních dnech od 8.00
do 16.00 hodin
02/24226168 mimo pracovní dobu (stálá služba)
Fax : 02/6919468

Článek 6

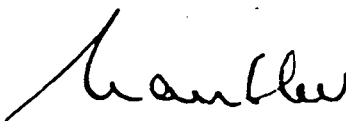
(1) Toto ujednání vstoupí v platnost současně s readmisní dohodou.

(2) Po dobu, kdy je provádění readmisní dohody pozastaveno, se toto ujednání neprovádí.

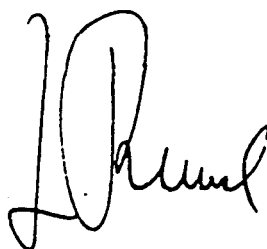
(3) Toto ujednání pozbude platnosti současně s pozbytím platnosti readmisní dohody.

Dáno v Bonnu dne 3. listopadu 1994 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Spolkové ministerstvo vnitra
Spolkové republiky Německo:



Za Ministerstvo vnitra
České republiky:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

**AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
CZECH REPUBLIC CONCERNING THE READMISSION OF
PERSONS VIA THEIR COMMON FRONTIER (READMISSION
AGREEMENT)**

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic,

Desirous of facilitating the readmission of persons via their common frontier and of facilitating the transit of persons in a spirit of cooperation and good-neighbourliness and on the basis of reciprocity,

Have agreed as follows:

SECTION I**READMISSION OF OWN NATIONALS***Article 1*

1. Each Contracting Party shall readmit at the request of the other Contracting Party and without any formality persons who do not, or who no longer, fulfil the conditions in force for entry or residence in the territory of the requesting Party, provided that it can be proved or may be validly assumed that they possess the nationality of the requested Contracting Party.

2. The requesting Contracting Party shall readmit such persons under the same conditions if checks reveal that they were not in possession of the nationality of the requested Contracting Party when they departed from the territory of the requesting Contracting Party.

SECTION II**READMISSION OF THIRD-COUNTRY NATIONALS
IN CASES OF ILLEGAL ENTRY***Article 2*

1. Each Contracting Party shall, upon application of the other Contracting Party, readmit without any formality a person who does not possess the nationality of either Contracting Party (third-country national) if it can be proved or may be validly assumed that the person has illegally entered the territory of the requesting Contracting Party from the territory of the requested Contracting Party. An entry is illegal if the third-country national does not meet the entry requirements in force under the domestic law of the requested Contracting Party at the time of entry into the territory of the requesting Contracting Party.

¹ Came into force on 1 January 1995, i.e., the first day of the second month after the date of signature, in accordance with article 11.

2. The readmission obligation pursuant to paragraph 1 shall not apply to a third-country national who, at the time of entry into the territory of the requesting Contracting Party, was in possession of a valid visa or valid residence permit issued by the requesting Contracting Party or who was issued a visa or residence permit by that Contracting Party at the time of entry.

Article 3

1. Subject to prior notification, each Contracting Party shall admit without any formality a third-country national whose readmission is sought by the other Contracting Party within 72 hours of an illegal entry.

2. If a request for readmission is made after expiry of the time-limit specified in paragraph 1, such request must be submitted within six months after the competent authorities have become aware of the illegal entry of the third-country nationals. The requested Contracting Party shall reply to readmission requests addressed to it without delay, and in any event within a maximum of eight days. Readmission of the third-country national shall take place without delay, and in any event within a maximum of three months after the requested Contracting Party has agreed to the readmission.

Upon application by the requesting Contracting Party, this time-limit may be extended only where legal obstacles to readmission exist and only by the time necessary to deal with such legal obstacles. Readmission shall not take place in the case of third-country nationals who have openly resided in the territory of the requesting Contracting Party for more than 12 months after illegal entry.

3. The requesting Contracting Party shall readmit a third-country national without any formality if the requested Contracting Party proves within 30 days after admission of the third-country national that

(a) He did not enter the territory of the requesting Contracting Party from its territory or

(b) He did not reside openly for more than 12 months in the territory of the requesting Contracting Party after illegal entry.

Article 4

1. A residence permit pursuant to this Section means an authorization of any type issued by one Contracting Party, entitling the person to reside on its territory. This shall not include authorization to reside temporarily in the territory of either Contracting Party pending a decision on an application for asylum or an application for a work permit.

2. The Contracting Parties shall inform one another of the legal requirements governing the approval of entry into and residence in their territories.

SECTION III

TRANSIT

Article 5

1. The Contracting Parties shall allow third-country nationals to pass through their territory in transit under police escort if the other Contracting Party so requests

and if admission to other possible States of transit and to the State of destination is assured.

2. Transit under police escort can be denied if

(a) The person would be exposed to the danger of political persecution in a subsequent State of transit or in the State of destination or would face likely criminal prosecution or punishment or

(b) The person is threatened with criminal prosecution in the territory of the requested Contracting Party; the requesting Contracting Party shall be notified of such a situation prior to transit under police escort.

3. It shall not be necessary for the requested Contracting Party to issue a transit visa.

4. Notwithstanding any authorization issued, persons taken in charge for transit purposes may be returned to the other Contracting Party if circumstances within the meaning of paragraph 2 subsequently arise or come to light which stand in the way of a transit operation or if the onward journey or admission by the State of destination is no longer assured.

SECTION IV

DATA PROTECTION

Article 6

Insofar as personal data have to be communicated in order to implement this Agreement, such information may concern exclusively:

(a) The particulars of the person to be transferred and, where necessary, of the members of the person's family (surname, given name(s), any previous names, nicknames or pseudonyms, date and place of birth, sex, current and any previous nationality);

(b) Personal identity document or passport (number, period of validity, date of issue, issuing authority, place of issue, etc.);

(c) Other details needed to identify the person to be transferred;

(d) Stopping places and itineraries;

(e) Residence permits or visas issued by one of the Contracting Parties;

(f) The place where the asylum application, if any, was submitted;

(g) The date of submission of any previous asylum application, the date of submission of the present asylum application, the present stage of the procedure and the content of any decision taken.

SECTION V

COSTS

Article 7

1. The costs of transporting persons taken in charge pursuant to articles 1, 2 and 3 shall be borne by the requesting Contracting Party as far as the crossing point on the common frontier.

2. The costs of transit as far as the border of the State of destination and, where necessary, the costs arising from return transport, shall be borne by the requesting Contracting Party in accordance with article 5.

SECTION VI

PROCEDURES FOR IMPLEMENTATION

Article 8

Regulations for the implementation of this Agreement concerning in particular

- (a) The channels and means of giving notification;
- (b) Information, documents and evidence necessary for readmission;
- (c) The competent authorities for the purposes of implementing this Agreement;
- (d) The determination of border-crossing points for readmission;
- (e) Reimbursement of costs under article 7;
- (f) Provisions governing transit of third-country nationals under police escort;

shall be agreed by the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Ministry of the Interior of the Czech Republic in a protocol for the implementation of this Agreement.

SECTION VII

COMMITTEE OF EXPERTS

Article 9

1. The Contracting Parties shall provide each other with mutual assistance in the application and interpretation of this Agreement. To this end they shall set up a Committee of Experts to:

- (a) Monitor application of this Agreement;
- (b) Submit proposals for resolving problems associated with the application of this Agreement;
- (c) Propose amendments and additions to this Agreement;
- (d) Prepare and recommend appropriate measures for combating illegal immigration.

2. The Contracting Parties shall reserve the right to agree to the proposals and measures or not to do so.

3. The Committee shall be composed of three representatives from each Party. The Contracting Parties shall appoint the Chairman and his deputies from among them. They shall also appoint alternative members.

4. The Committee shall meet at the initiative of one of the Chairmen and at least once a year.

SECTION VII

FINAL PROVISIONS

Article 10

1. Nothing in this Agreement shall affect the application of the Convention of 28 July 1951¹ on the Status of Refugees, as amended by the Protocol of 31 January 1967² on the Status of Refugees.

2. Nothing in this Agreement shall affect the obligations of the Contracting Parties arising from other international treaties.

Article 11

This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following its signature.

Article 12

1. This Agreement is concluded for an indefinite period.

2. After informing the other Contracting Party, each Contracting Party may suspend this Agreement by giving notification on important grounds, in particular on the grounds of the protection of State security, public order or public health. The Contracting Parties shall notify each other of the cancellation of any such measure without delay through the diplomatic channel.

3. After informing the other Contracting Party, each Contracting Party may terminate this Agreement on important grounds by giving notification.

4. The suspension or termination of this Agreement shall become effective on the first day of the month following the month in which notification was received by the other Contracting Party.

DONE at Bonn on 3 November 1994, in two originals, in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

KASTRUP

KANTHER

For the Government
of the Czech Republic:

JAN RUML

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 189, p. 137.

² *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

PROTOCOL FOR THE IMPLEMENTATION OF THE AGREEMENT OF 3 NOVEMBER 1994 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE CZECH REPUBLIC CONCERNING THE READMISSION OF PERSONS VIA THEIR COMMON FRONTIER (READMISSION AGREEMENT)

The Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Ministry of the Interior of the Czech Republic,

On the basis of article 8 of the Agreement of 3 November 1994 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic concerning the Readmission of Persons via their Common Frontier, henceforth referred to as the "Readmission Agreement",

Have agreed as follows:

Article 1

1. This article shall apply to persons who possess the nationality of either of the Contracting Parties.

2. The competent authorities shall inform one another in writing in advance of the intended transfer and readmission, unless otherwise provided in this article.

3. The request for readmission must contain information concerning the means of proving or establishing a presumption of nationality and, if possible, the following additional information:

- The particulars of the person to be transferred (given name(s), surname, date and place of birth, and last place of residence in the territory of the requested Contracting Party);
- Any special medical care requirements of the person to be transferred owing to illness or age;
- Any other protective or security measures necessary for transfer in specific cases;
- The frontier crossing at which the person is to be transferred.

4. The competent authorities of the Contracting Parties shall agree upon a road frontier crossing or some other frontier crossing on the common frontier for transfer and readmission. Transfer and readmission shall occur between 8 a.m. and 8 p.m.

5. The competent authorities of the requested Contracting Party shall reply without delay to the readmission request and in any event within eight days. The time-limit shall commence with the receipt of the readmission request by the competent authority of the requested Contracting Party.

6. For the purposes of the Readmission Agreement, nationality may be proved by means of the following documents:

In the case of German nationality

- Certificates of citizenship,
- Any type of passport (regular, diplomatic or official passports, passport substitutes with a photograph),

- Personal identity documents (including provisional and temporary personal identity documents),
- Children's identity documents in lieu of a passport,
 - In the case of Czech nationality
- Personal identity documents indicating nationality,
- Travel documents indicating nationality,
- Documents or other official certificates indicating nationality,
- Certificates of legal competence to marry indicating nationality.

Upon presentation of such documents, nationality so established must be accepted by the Contracting Parties without further investigation.

7. For purposes of the Readmission Agreement, a presumption of nationality may be established by means of

- Military passes or military identity documents,
- Provisional certificates of identity,
- Driving licences,
- Birth certificates,
- Seamen's registration cards,
- Inland navigator's identity documents,
- Statements by witnesses,
- Statements by the person concerned,
- The language of the person concerned.

A presumption of nationality shall be deemed accepted by the Contracting Parties unless the requested Contracting Party proves otherwise.

8. The documents listed in paragraphs 6 and 7 shall suffice to prove or establish a presumption of citizenship even if their period of validity has expired.

9. Transfer and readmission shall not require prior written notification between the competent authorities of the Contracting Parties if

1) The person to be transferred possesses a valid passport issued by the requested Contracting Party for its own nationals or personal identity document and

2) No protective measures are required for the person to be transferred on the basis of a need for aid, assistance or care upon transfer.

10. Upon transfer, the requesting Contracting Party shall be required to provide the requested Contracting Party with a "Record of the Transfer/Readmission of a Person" containing where possible, the following information:

- Given name(s) and surname,
- Date and place of birth,
- Nationality,
- State of health,
- Accompanying items and funds.

Article 2

1. This article shall apply to persons who do not possess the nationality of either Contracting Party (third-country nationals).

2. The competent authorities of the Contracting Parties shall inform one another in writing in advance of the intended transfer and readmission, unless otherwise provided in this article.

3. The readmission request shall contain information concerning the means of proving or establishing a presumption of illegal entry and, if possible, the following additional information:

- The particulars of the person to be transferred (given name(s), surname, date and place of birth, nationality, last place of residence in the country of origin);
- Type, number and place of issue of the personal documents of the person to be transferred;
- Date, time, place and manner of the illegal entry;
- Any special medical care requirements of the person to be transferred owing to illness or age;
- Any other protective or security measures necessary for transfer in specific cases;
- Language abilities of the person to be transferred, in particular whether an interpreter is needed to communicate with the person to be transferred;
- Proposed place and time of transfer.

4. Entry via the common frontier by land, water or air into the territory of the requesting Contracting Party and the illegality of such entry in accordance with article 2, paragraph 1, of the Readmission Agreement must be proved or a presumption of such entry must be established.

1) Entry via the common frontier may be proved by means of:

- Exit and entry stamps of the requested Contracting Party in travel documents,
- Notations by the requested Contracting Party in travel documents,
- Air tickets, certifications or receipts that clearly establish the stay of the person in the territory of the requested Contracting Party.

An entry via the common frontier proved in this manner must be accepted by the Contracting Parties without further investigation.

2) A presumption of entry via the common frontier may be established by means of:

- Railway tickets for international connections that are issued in the person's name or that document the travel route in the territory of the requested Contracting Party,
- The place and circumstances in which the alien was apprehended after entry,
- Statements by officials, for example, by frontier officials who can attest to the frontier crossing,
- Statements by witnesses.

A presumption of entry via the common frontier established in this manner shall be deemed accepted unless the requested Contracting Party proves otherwise.

3) Illegal entry is proved if the person's frontier-crossing documents do not contain the required visa or other residence permit for the territory of the requesting Contracting Party. To establish a presumption of illegal entry, the statement of the requesting Contracting Party that the person, according to its findings, does not possess the necessary frontier-crossing documents or the necessary visa or residence permit shall suffice.

5. The time-limits specified in article 3 of the Readmission Agreement are maximum time-limits. The request for readmission should be made immediately, even if an immediate transfer is not possible owing to legal or practical obstacles. The transfer shall be effected as quickly as possible.

6. Where prompt transfer is not possible owing to legal obstacles, the fourth sentence of article 3, paragraph 2, of the Readmission Agreement shall apply. The requesting Contracting Party shall immediately inform the requested Contracting Party as soon as the transfer becomes feasible. The readmission request shall be void if the obstacle to transfer has not been removed within six months of the alien's illegal entry.

7. If the requested Contracting Party has extended the time-limit for the transfer in accordance with the fourth sentence of article 3, paragraph 2, of the Readmission Agreement, the requesting Contracting Party shall immediately inform it that the legal or practical obstacle no longer exists.

8. The transfer and readmission shall take place at the frontier crossing agreed by the competent authorities of the Contracting Parties at the agreed time.

9. For transfer/readmission of a person without the use of a form, in accordance with article 3, paragraph 1, of the Readmission Agreement, the following procedure shall apply:

1) The transfer shall be carried out immediately by the local frontier administrative offices on the basis of a written request.

2) The requested Contracting Party shall admit the person if the requesting Contracting Party can prove or establish a presumption that the alien illegally entered from the territory of the requested Contracting Party within the last 72 hours.

3) Paragraph 4 shall apply, as appropriate, for the proof or the establishment of a presumption of illegal entry.

4) The transfer and readmission shall take place between 8 a.m. and 8 p.m. at the following frontier crossings:

- Seifhennersdorf-Varnsdorf/Warnsdorf
- Schmilka-Hrensko/Herrnskretsch
- Bad Schandau Railway Station-Decin/Tetschen
- Zinnwald-Cinovec/Zinnwald
- Schönberg-Vojtanov/Voitersreuth
- Schirnding Railway Station-Cheb/Eger
- Schirnding Straße-Pomezi nad Ohri Mühlbach
- Waldsassen-Svaty Kriz/Heiligenkreuz

- Waidhaus-Rozvadov/Roßhaupt
- Waldmünchen-Liskova/Haselbach
- Furth im Wald Schafberg-Folmava/Vollmau
- Bayerisch Eisenstein-Zelezna Ruda/Markt Eisenstein
- Philippsreuth-Strazny/Kuschwarda

The Contracting Parties may agree on additional frontier crossings for transfer and readmission.

10. Upon transfer, the requesting Contracting Party shall be required to provide the requested Contracting Party with a "Record of the Transfer/Readmission of a Person" containing, where possible, the following information:

- Given name(s) and surname,
- Date and place of birth,
- Nationality,
- State of health,
- Accompanying items and funds.

11. If the requesting Contracting Party is transferring a person whose state of health requires special medical care, it shall so inform the other Contracting Party and provide details concerning the nature of the special care required.

Article 3

1. Requests for transit under police escort pursuant to article 5 of the Readmission Agreement shall be made in writing. The request must contain the particulars of the alien (given name(s), surname, date and place of birth, nationality, type and number of travel document) and, in every case, a statement that the conditions referred to in article 5, paragraph 1, of the Readmission Agreement have been fulfilled and that no grounds for denial as set out in article 5, paragraph 2, of the Readmission Agreement are known. Furthermore, the frontier-crossing point, time of transfer and, where applicable, the fact that special medical care must be provided, must be specified.

2. The requested Contracting Party shall immediately inform the requesting Contracting Party in writing of the readmission, giving the border-crossing point and the time of readmission, or of the denial of the readmission and the grounds for the denial.

3. The transfer and readmission shall take place at the following frontier-crossing points:

- Bad Schandau Railway Station-Decin/Tetschen
- Bahratal-Petrovice/Peterswald
- Reitzenhain-Hora Sv. Sebastinana/Sebastiansberg
- Schirnding Railway Station-Cheb/Eger
- Schirnding Straße-Pomezí nad Ohří/Mühlbach
- Waidhaus-Rozvadov/Roßhaupt
- Furth im Wald Schafberg-Folmava/Vollmau

4. A written request shall not be required for the transport of a third-country national via an airport of the other Contracting Party. The competent authority of the repatriating Contracting Party shall notify the competent authority of the other Contracting Party of the intended repatriation in good time. The notification shall contain the following information:

- Particulars of the person to be repatriated,
- Flight information (date, flight numbers, flight times),
- Any accompanying officials.

Article 4

DATA PROTECTION

In order to implement the Agreement, personal data will be transmitted. Such transmittal of data shall take place in compliance with the legislation applicable to each Contracting Party, in accordance with the following rules:

1. The recipient may use the data only for the purpose stated and only under the conditions laid down by the transmitting authorities.

2. The recipient shall inform the transmitting authority, upon request, about the use made of the information transmitted and the results achieved thereby.

3. Personal data may be transmitted only to the competent authorities. Any further transmittal to other authorities may be effected only with the prior approval of the transmitting authority.

4. The transmitting authority shall be obliged to ensure the correctness of the information to be transmitted as well as the necessity and reasonableness of transmittal relative to its intended purpose. In addition, the prohibitions on such transmittal applicable in the domestic law of the country concerned must be observed. If it becomes evident that incorrect data, or data which should not have been transmitted, have been transmitted, such occurrences are to be communicated to the receiving side without delay. The latter shall be obliged to correct or destroy the data.

5. The information which is in existence about a person and the use to which such information is to be put must be disclosed to that person upon request. There shall be no obligation to disclose such information if on balance it is considered that the public interest in not disclosing the information outweighs the interest of the person concerned in receiving it. Furthermore, the right of the person concerned to disclosure of the information existing concerning himself or herself shall be governed by the domestic law of the Contracting Party in whose territory the disclosure is requested.

6. Where the national law applicable to the transmitting body provides for specific destruction dates, the transmitting department shall inform the recipient thereof, and the transmitted personal data shall be destroyed as soon as they are no longer required for the purpose for which they were transmitted.

7. The transmitting and the receiving bodies shall be obliged to keep records of the transmittal and receipt of personal data.

8. The transmitting and the receiving bodies shall be obliged to protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized disclosure.

Article 5

The competent German authorities shall be:

1. For the implementation of articles 1, 2 and 3 of the Readmission Agreement and article 3, paragraphs 1, 2 and 3, of this Implementation Protocol

(a) In the frontier area of the Free State of Saxony

The Pirna Border Patrol Office
Rottwerndorfer Str. 22
01796 Pirna
Telephone: 0 35 01/5 57 60
Fax: 0 35 01/44 46 24

(b) In the frontier area of the Free State of Bavaria

The Schwandorf Border Patrol and Railway Police Office
Weinbergstr. 47
92421 Schwandorf
Telephone: 0 94 31/80 16
Fax: 0 94 31/97 75

and

The Border Commissioner of the Bavarian Border Police in
Furth im Wald
Daberger Str. 7
93437 Furth im Wald
Telephone: 0 99 73/5 04-0
Fax: 0 99 73/5 04-1 51.

The Pirna Border Patrol Office, the Schwandorf Border Patrol and Railway Police Office and the Border Commissioner of the Bavarian Border Police shall operate through the locally competent frontier service offices in cases involving article 1 of the Readmission Agreement and may do so in cases involving article 2 of the Readmission Agreement.

2. For the implementation of article 3, paragraph 4, of this Implementation Protocol

The Border Patrol Administration
Roonstraße 13
D-56068 Koblenz
Telephone: 02 61/3 99-0 (operator)
39 92 50 (Main Criminal Investigation Office)
Fax: 02 61/39 94 72

The competent Czech authorities shall be

1. For the implementation of articles 1, 2 and 3 of the Readmission Agreement and article 3, paragraphs 1, 2 and 3 of this Implementation Protocol

(a) The police of the Czech Republic, Administration of the North Bohemian Region, Department of Alien Registration Police and Passport Service in Ústí nad Labem/Aussig an der Elbe. Its area of jurisdiction is Border Sector I, Border Marker 1 to Border Sector XVI, Border Marker 14.

Address: Police of the Czech Republic
Administration of the North Bohemian Region
Department of Alien Registration Police and Passport Service
Horova 13
401 79 Ústí nad Labem
Telephone: 0 47/5 28 23 59
Fax: 0 47/5 21 00 51

(b) The police of the Czech Republic, Administration of the West Bohemian Region, Department of Alien Registration Police and Passport Service in Plzeň/Pilsen. Its area of jurisdiction is Border Sector XVI, Border Marker 14 to Border Sector XI, Border Marker 6.

Address: Police of the Czech Republic
Administration of the West Bohemian Region
Department of Alien Registration Police and Passport Service
Presovská 10
306 28 Plzeň
Telephone: 0 19/7 23 51 62
Fax: 0 19/7 23 51 62

2. For the implementation of articles 1, 2 and 3 of the Readmission Agreement

The Police of the Czech Republic, Administration of the South Bohemian District, Department of Alien Registration Police and Passport Service in České Budějovice/Böhmisch Budweis. Its area of jurisdiction is Border Sector XI, Border Marker 6 to Border Sector XII, Border Marker 17.

Address: Police of the Czech Republic
Administration of the South Bohemian District
Department of Alien Registration Police and Passport Service
Pražská 23
370 74 České Budějovice
Telephone: 0 38/2 85 06
Fax: 0 38/2 47 31

The Police of the Czech Republic, Administration of the North Bohemian Region — Department of Alien Registration Police and Passport Service — in Ústí nad Labem/Aussig an der Elbe, the Police of the Czech Republic, Administration of the West Bohemian Region — Department of Alien Registration Police and Passport Service — in Plzeň/Pilsen and the Police of the Czech Republic, Administration of the South Bohemian Region — Department of Alien Registration Police and Passport Service — in České Budějovice/Böhmisch Budweis shall operate through the locally competent frontier service offices in cases involving article 1 of the Readmission Agreement and may do so in cases involving article 2 of the Readmission Agreement.

4. For the implementation of article 3, paragraph 4, of this Implementation Protocol

The Police of the Czech Republic, Administration of Alien and Border Police Service

Address: Olsanska 2, postovni schránka 78

130 51 Praha

Telephone: 02/33 54 18 26 on workdays from 8 a.m. to 4 p.m.

02/24 22 61 68 after normal working hours (stand-by duty)

Fax: 02/6 91 94 68

Article 6

1. This Protocol shall enter into force simultaneously with the Readmission Agreement.

2. During periods in which the implementation of the Readmission Agreement is suspended, this Protocol shall not be applied.

3. This Protocol shall cease to have effect simultaneously with the Readmission Agreement.

DONE at Berlin on 3 November 1994, in two originals, in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Ministry of the Interior
of the Federal Republic of Germany:

KANTHER

For the Ministry of the Interior
of the Czech Republic:

JAN RUML

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE TCHÈQUE RELATIF À LA RÉADMISSION DE
PERSONNES À LA FRONTIÈRE COMMUNE D'ÉTAT (ACCORD
DE RÉADMISSION)

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque,

Désireux de faciliter la réadmission de personnes à la frontière commune d'Etat et le transit des personnes dans un esprit de coopération et de bon voisinage et sur la base de la réciprocité,

Sont convenus de ce qui suit :

TITRE I

ADMISSION PAR UN ETAT DE SES PROPRES RESSORTISSANTS

Article premier

1) Chacune des Parties contractantes, à la demande de l'autre, admet sans autre formalité les personnes qui, sur le territoire de la Partie requérante, ne remplissent pas ou ont cessé de remplir les conditions d'entrée ou de séjour s'il est prouvé ou plausible qu'elles ont la nationalité de la Partie contractante requise.

2) La Partie contractante requérante réadmet ces personnes aux mêmes conditions si, après vérification, il apparaît qu'elles n'avaient pas la nationalité de la Partie contractante requise au moment où elles ont quitté le territoire de la Partie contractante requérante.

TITRE II

ADMISSION DE RESSORTISSANTS D'ETATS TIERS
AYANT IMMIGRÉ ILLÉGALEMENT*Article 2*

1) Chaque Partie contractante, à la demande de l'autre Partie, réadmet sans autre formalité les personnes qui ne sont ressortissantes d'aucune des deux Parties contractantes (ressortissants d'Etats tiers) s'il est prouvé ou plausible qu'elles ont pénétré illégalement sur le territoire de la Partie contractante requérante en provenance du territoire de la Partie contractante requise. L'entrée du territoire de la Partie requérante est illégale si, à ce moment-là, le ressortissant d'un Etat tiers ne remplit pas les conditions auxquelles la réglementation de la Partie requérante la subordonne.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1995, soit le premier jour du deuxième mois après la date de la signature, conformément à l'article 11.

2) L'obligation de réadmission visée au paragraphe 1 du présent article n'existe pas dans le cas des ressortissants d'Etats tiers qui, au moment où ils entrent sur le territoire de la Partie contractante requérante, sont détenteurs d'un visa valide ou d'un autre titre de séjour valide de cette Partie contractante ou auxquels un visa ou un autre titre de séjour valide est délivré par cette Partie contractante après leur entrée sur le territoire.

Article 3

1) Chacune des Parties contractantes admet sans autre formalité les ressortissants d'Etats tiers si l'autre Partie contractante le lui demande dans les 72 heures qui suivent leur entrée illégale, après en avoir été avertie.

2) Les demandes d'admission présentées une fois expiré le délai visé au paragraphe 1 du présent article doivent être faites dans les six mois qui suivent la date à laquelle les autorités compétentes de la Partie contractante intéressée ont connaissance de l'entrée illégale du ressortissant d'un Etat tiers sur leur territoire. La Partie contractante requise répond à la demande de réadmission qui lui est faite immédiatement et au plus tard dans les huit jours. L'admission du ressortissant d'un Etat tiers a lieu immédiatement et tout au plus dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle la Partie requise a accepté la demande d'admission.

A la demande de la Partie requérante, ce délai est prorogé uniquement si des obstacles juridiques gênent l'admission et seulement aussi longtemps que ces obstacles existent. L'admission ne peut pas avoir lieu dans le cas de ressortissants d'Etats tiers dont il est prouvé qu'ils ont séjourné plus de 12 mois à compter de leur entrée illégale sur le territoire de la Partie requérante.

3) La Partie contractante requérante admet les ressortissants d'Etats tiers sans autre formalité si la Partie requise détermine dans les 30 jours qui suivent leur remise :

a) Soit que le ressortissant d'un Etat tiers n'a pas pénétré sur son territoire en provenance du territoire de la Partie requérante;

b) Soit qu'il est prouvé que le ressortissant d'un Etat tiers a séjourné plus de 12 mois sur le territoire de la Partie requérante depuis son entrée illégale.

Article 4

1) Constitue un titre de séjour au sens des articles 2 à 4 du présent Accord toute autorisation, de quelque nature que ce soit, délivrée par l'une ou l'autre des Parties contractantes et autorisant le séjour sur son territoire. Ne constitue pas un tel titre le permis de séjour de durée limitée sur le territoire de l'une des Parties contractantes accordé en vue de l'examen d'une demande d'asile ou d'une demande de permis de séjour.

2) Les Parties contractantes se tiennent informées des dispositions réglementaires qui s'appliquent aux autorisations d'entrée de leur territoire et de séjour sur celui-ci.

TITRE III

TRANSIT

Article 5

1) Les Parties contractantes prennent en charge sous l'escorte de la police les ressortissants d'Etats tiers qui doivent transiter par leur territoire si l'autre Partie le leur demande et assure leur prise en charge dans les autres pays de transit éventuels et dans le pays de destination.

2) Le transit sous escorte de la police peut être refusé :

a) Si les ressortissants de pays tiers risquent d'être exposés à des persécutions politiques dans un pays de transit suivant ou dans le pays de destination ou doivent s'attendre à des poursuites pénales ou à des peines;

b) S'ils sont menacés de poursuites pénales sur le territoire de la Partie contractante requise; dans ce cas, la Partie contractante requérante en est informée avant le transit sous escorte de la police.

3) Un visa de transit de la Partie requise n'est pas nécessaire.

4) Bien qu'elle ait autorisé le transit, chaque Partie contractante peut remettre à nouveau les personnes qu'elle a prises en charge à l'autre Partie contractante si surviennent ou sont connus par la suite des faits visés au paragraphe 2 du présent article qui s'opposent au transit ou si la poursuite du voyage ou l'admission par l'Etat de destination ne sont plus garanties.

TITRE IV

PROTECTION DE L'INFORMATION

Article 6

Seuls les renseignements personnels ci-après peuvent être communiqués, le cas échéant, aux fins de l'exécution du présent Accord :

a) Les renseignements personnels concernant les personnes à remettre et, le cas échéant, les membres de leur famille (nom, prénoms, le cas échéant noms antérieurs, surnoms ou pseudonymes, date et lieu de naissance, sexe, nationalité actuelle et nationalité antérieure);

b) Le document d'identité ou le passeport (numéro, durée de validité, date de délivrance, autorités ayant délivré le document, lieu de délivrance, etc.);

c) Les autres renseignements nécessaires éventuellement pour identifier la personne à remettre;

d) Les lieux de séjour et itinéraire;

e) Les autorisations de séjour ou les visas délivrés par l'une des Parties contractantes;

f) Le cas échéant, le lieu où une demande d'asile a été déposée;

g) Le cas échéant, la date de dépôt d'une demande d'asile antérieure, la date de dépôt de la demande d'asile actuelle, le stade de la procédure, et la teneur de la décision qui a été prise le cas échéant.

TITRE V

COÛTS

Article 7

1) La Partie requérante assume les coûts de reconduite des personnes admises conformément aux dispositions des articles premier, 2 et 3 du présent Accord jusqu'au poste frontière de la frontière d'Etat commune.

2) Les coûts de la reconduite jusqu'à la frontière de l'Etat de destination visée à l'article 5 du présent Accord et, le cas échéant, les coûts résultant du retour sont assumés par la Partie requérante.

TITRE VI

MODALITÉS D'EXÉCUTION

Article 8

Le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'intérieur de la République tchèque définiront d'un commun accord les règles nécessaires à l'exécution du présent Accord dans un Protocole d'application au présent Accord, en particulier en ce qui concerne :

- a) Les modalités de communication réciproque des informations;
- b) Les renseignements, pièces et moyens de preuve nécessaires à l'admission;
- c) Les autorités compétentes pour l'exécution du présent Accord;
- d) La désignation des postes de contrôle frontalier où l'admission a lieu;
- e) Le remboursement des coûts visés à l'article 7 du présent Accord;
- f) Les conditions du transit de ressortissants d'Etats tiers sous escorte de la police.

TITRE VII

COMMISSION D'EXPERTS

Article 9

1) Les Parties contractantes se prêtent mutuellement appui aux fins de l'application et de l'interprétation du présent Accord. Pour cela, elles constituent une commission d'experts chargée :

- a) De suivre l'application du présent Accord;
- b) De faire des propositions pour résoudre les questions liées à l'application du présent Accord;
- c) D'étudier des propositions en vue de modifier et de compléter le présent Accord;
- d) De formuler et recommander des mesures pour empêcher l'immigration illégale d'étrangers.

2) Les propositions et mesures restent soumises à l'approbation des deux Parties contractantes.

3) La Commission est composée de trois représentants du côté allemand et de trois représentants du côté tchèque. Parmi eux, les Parties contractantes désignent

le président et les représentants; elles désignent en même temps des suppléants. D'autres experts peuvent être désignés pour participer aux consultations.

4) La Commission se réunit sur proposition de l'un des présidents, et ceci au moins une fois par an.

TITRE VIII

DISPOSITIONS FINALES

Article 10

1) Le présent Accord ne modifie en rien l'application de l'Accord du 28 juillet 1951 relatif au statut des réfugiés¹ dans la version du Protocole du 31 janvier 1967 relatif au statut des réfugiés².

2) Le présent Accord ne modifie en rien les engagements des Parties contractantes qui résultent de traités bilatéraux.

Article 11

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra sa signature.

Article 12

1) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

2) Sauf en ce qui concerne l'article premier, chacune des Parties contractantes peut suspendre le présent Accord pour des motifs importants, en particulier pour des raisons de sûreté de l'Etat, d'ordre public ou de santé publique, après en avoir averti l'autre Partie par écrit. Les Parties contractantes s'informent de la levée d'une telle suspension sans retard par la voie diplomatique.

3) Après en avoir averti l'autre Partie, chacune des Parties contractantes peut dénoncer le présent Accord par notification, pour des motifs importants, en particulier ceux qui sont visés au paragraphe 2 du présent article.

4) La suspension ou la dénonciation du présent Accord prend effet le premier jour du mois qui suit celui au cours duquel la notification est reçue par l'autre Partie contractante.

FAIT à Bonn, le 3 novembre 1994, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

KASTRUP

KANTHER

Pour le Gouvernement
de la République tchèque :

JAN RUML

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 189, p. 137.

² *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

PROTOCLE D'EXÉCUTION DE L'ACCORD DU 3 NOVEMBRE 1994 ENTRE
LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLE-
MAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE
RELATIF À LA RÉADMISSION DE PERSONNES À LA FRONTIÈRE
COMMUNE D'ÉTAT (ACCORD DE RÉADMISSION)

Le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le
Ministère de l'intérieur de la République tchèque,

Sur la base de l'article 8 de l'Accord du 3 novembre 1994 entre le Gouver-
nement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Républi-
que tchèque relatif à la réadmission de personnes à la frontière commune d'Etat,
ci-après dénommé « Accord de réadmission »,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1) Le présent article vise les personnes qui sont ressortissantes de l'une des
Parties contractantes.

2) Sauf disposition contraire du présent article, les Parties contractantes s'in-
forment à l'avance par écrit des remises et admissions auxquelles elles ont l'inten-
tion de procéder.

3) Les demandes d'admission contiennent des renseignements sur les moyens
de preuve et d'établissement de la plausibilité de la nationalité et, autant que pos-
sible, d'autres renseignements concernant :

- L'identité de la personne à remettre (prénoms, nom, date et lieu de naissance et
dernier domicile sur le territoire de la Partie contractante requise);
- L'aide, les soins ou l'attention particulière dont peut avoir éventuellement be-
soin la personne à remettre en raison de la maladie ou de l'âge;
- Dans les cas particuliers, les autres mesures de protection ou de sécurité éven-
tuellement nécessaires lors de la remise;
- Le passage frontalier auquel la remise aura lieu.

4) Les autorités compétentes des deux Parties contractantes conviennent du
point de passage, par la route ou autrement, auquel la remise et l'admission ont lieu
le long de la frontière commune d'Etat. La remise et l'admission ont lieu entre 8 et
20 heures.

5) Les autorités compétentes de la Partie contractante requise répondent aux
demandes d'admission sans retard et au plus tard dans les huit jours à compter de la
réception de la demande d'admission par les autorités compétentes de la Partie
contractante requise.

6) Aux fins de la réadmission, la preuve de la nationalité peut être apportée
par les documents suivants :

Dans le cas de la nationalité allemande :

- Les certificats de nationalité;
- Les passeports de toute nature (passeports normaux, passeports diplomatiques,
passeports de service, documents tenant lieu de passeport avec photographie);
- Les cartes d'identité (même provisoires et temporaires);

— Les cartes d'identité d'enfant tenant lieu de passeport.

Dans le cas de la nationalité tchèque :

- Les cartes d'identité personnelles indiquant la nationalité;
- Les documents de voyage indiquant la nationalité;
- Les documents officiels ou autres attestations officielles indiquant la nationalité;
- Les attestations de capacité au mariage avec indication de la nationalité.

Les Parties contractantes reconnaissent entre elles, sans autre vérification, la nationalité qui est prouvée par la présentation de tels documents.

7) Aux fins de la réadmission, la plausibilité de la nationalité peut être établie entre autres par :

- Les passeports de l'armée et passeports militaires;
- Les attestations provisoires d'identité;
- Les permis de conduire;
- Les extraits d'actes de naissance;
- Les livrets de marin;
- Les livrets de marinier;
- Les déclarations de témoins;
- Les indications de l'intéressé;
- La langue de l'intéressé.

La nationalité ainsi rendue plausible est réputée établie entre les Parties contractantes tant que la Partie requise ne la conteste pas.

8) Les documents énumérés aux paragraphes 6 et 7 du présent article suffisent à établir la preuve de la nationalité ou sa plausibilité même s'ils sont périmés.

9) La remise et l'admission ne sont soumises à aucune notification écrite préalable entre les autorités compétentes des Parties contractantes si, à la fois :

1. Les personnes à remettre sont détentrices d'un passeport ou d'une pièce d'identité valide délivrée par la Partie requise et que celle-ci destine à ses propres ressortissants;

2. Aucune mesure de protection ne doit être prise lors de la remise en raison d'une aide, de soins ou d'une attention particulière qui seraient nécessaires.

10) Lors de la remise, la Partie contractante requérante présente à la Partie requise un « procès-verbal de remise et d'admission d'une personne » qui, autant que possible, indique :

- Les prénoms et noms;
- La date et le lieu de naissance;
- La nationalité;
- L'état de santé;
- La liste des effets et valeurs que la personne a avec elle.

Article 2

1) Le présent article concerne les personnes qui ne sont ressortissantes d'aucune des Parties contractantes (ressortissants d'Etats tiers).

2) A moins que le présent article n'en dispose autrement, les autorités compétentes des deux Parties contractantes s'informent d'avance par écrit des remises ou des admissions auxquelles elles ont l'intention de procéder.

3) Les demandes de remise sont accompagnées de renseignements sur les moyens d'établissement de la preuve ou de la plausibilité d'une immigration illégale et, si possible, de renseignements sur :

- L'identité de la personne à remettre (prénoms, noms, date et lieu de naissance, nationalité, dernier domicile sur le territoire de l'Etat d'origine);
- La nature, le numéro et le lieu de délivrance des pièces d'identité de la personne à remettre;
- La date, l'heure, le lieu et la nature de l'immigration illégale;
- Les soins ou l'attention particulière qui sont éventuellement rendus nécessaires par la maladie ou par l'âge de la personne à remettre;
- Les mesures de protection ou de sécurité, éventuellement nécessaires lors de la remise dans des cas particuliers;
- Les connaissances linguistiques de la personne à remettre, en particulier l'indication que la présence d'un interprète est nécessaire pour sa compréhension;
- Le lieu, l'heure et la date proposés de la remise.

4) Il convient d'établir la preuve ou la plausibilité de l'entrée sur le territoire de la Partie requérante par la frontière commune d'Etat par des voies terrestres ou aériennes ou par des voies d'eau et l'illégalité de cette entrée au sens du paragraphe 1 de l'article 2 de l'Accord de réadmission.

1. La preuve de l'entrée sur le territoire par la frontière commune d'Etat est apportée par :

- Le timbre de sortie et d'entrée apposé sur les documents de voyage par la Partie contractante requise;
- Les visas de la Partie contractante requise apposés dans les documents de voyage;
- Les billets d'avion, les attestations ou les factures qui prouvent sans ambiguïté que la personne concernée a séjourné sur le territoire de la Partie contractante requise;
- Les Parties contractantes s'engagent à reconnaître entre elles, sans autre formalité, l'entrée sur leur territoire par la frontière d'Etat commune dont la preuve est ainsi apportée.

2. La plausibilité de l'entrée sur le territoire par la frontière commune d'Etat est établie par :

- Les billets de chemins de fer en liaisons internationales établis au nom des personnes concernées ou qui indiquent l'itinéraire sur le territoire de la Partie contractante requise;

- Les lieux et les circonstances dans lesquelles l'étranger a été appréhendé après son entrée sur le territoire;
- Les déclarations des agents des autorités compétentes, par exemple celles des agents des services frontaliers qui peuvent attester du franchissement de la frontière;
- Les déclarations de témoins.

L'entrée sur le territoire par la frontière commune d'Etat dont la plausibilité est ainsi établie est réputée établie à l'égard des Parties contractantes aussi longtemps que la Partie requise ne la conteste pas.

3. L'illégalité de l'immigration est prouvée par les documents avec lesquels l'intéressé a franchi la frontière qui ne comportent pas les visas nécessaires ou les autres autorisations de séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante. Pour qu'elle soit plausible, la Partie contractante requérante affirme que l'intéressé, selon ce qu'elle a établi, ne possède pas les documents nécessaires pour entrer sur son territoire ou les visas ou autres autorisations de séjour nécessaires.

5) Les délais définis à l'article 3 de l'Accord de réadmission indiquent des périodes maximales. Les demandes d'admission sont déposées immédiatement, même si une remise immédiate n'est pas possible en raison d'obstacles juridiques ou pratiques. La remise a lieu autant que possible immédiatement.

6) Si la remise ne peut pas avoir lieu en temps voulu en raison d'obstacles pratiques, les dispositions de la quatrième phrase du paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord de réadmission s'appliquent *mutatis mutandis*. La Partie contractante requérante informe la Partie requise dès que la remise est de nouveau possible. La demande d'admission est sans objet si l'obstacle pratique ne disparaît pas dans les six mois qui suivent l'immigration illégale de l'étranger.

7) Si la Partie contractante requise proroge le délai de remise visé à la quatrième phrase du paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord de réadmission, la Partie requérante l'informe immédiatement de la disparition de l'obstacle juridique ou pratique à la remise.

8) La remise et l'admission sont effectuées au passage frontalier et à la date et l'heure dont les autorités compétentes des deux Parties contractantes sont convenues.

9) La remise et l'admission simplifiées des personnes visées au paragraphe 1 de l'article 3 de l'Accord de réadmission ont lieu selon les modalités suivantes :

1. La remise est effectuée immédiatement par les services frontaliers locaux compétents sur la base d'une demande écrite.

2. La Partie contractante requise admet la personne si la Partie requérante peut prouver ou établir de manière plausible que l'étranger a immigré illégalement en provenance du territoire de la Partie contractante requise au cours des dernières 72 heures.

3. Les dispositions du paragraphe 4 du présent article s'appliquent *mutatis mutandis* à la preuve et à la plausibilité de l'immigration illégale.

4. La remise et l'admission ont lieu entre 8 et 16 heures aux passages frontaliers suivants :

— Seifhennersdorf-Vamsdorf/Wamsdorf;

- Schmilka-Hrensko/Hermskretschen;
- Bad Schandau Bahnhof-Decin/Teschen;
- Zinnwald-Cinovec/Zinnwald;
- Schönberg-Vojtanov/Voitorsreuth;
- Schimding Bahnhof-Cheb/Eger;
- Schimding Strasse-Pomezi nad Ohri/Mühlbach;
- Waldsassen-Svaty Kriz/Heiligenkreuz;
- Waidhaus-Rozvadov/Rosshaupt;
- Waldmünchen-Liskova/Haselbach;
- Furth in Wald Schafberg-Fommava/Villman;
- Bayerisch Eisenstein-Zelezna Ruda/Mark Eisenstein;
- Philippsreuth-Strazny/Kuschwarda.

Les Parties contractantes peuvent convenir d'autres passages frontaliers pour la remise et l'admission.

10) Lors de la remise, la Partie contractante requérante remet à la Partie requise un « procès verbal de remise et d'admission d'une personne » qui, autant que possible, contient les renseignements ci-après :

- Prénoms et noms;
- Date et lieu de naissance;
- Nationalité;
- Etat de santé;
- Liste des effets et valeurs que l'intéressé a avec lui.

11) Si la Partie contractante requérante remet une personne dont l'état de santé nécessite des soins médicaux particuliers, elle signale à l'autre Partie l'état de santé de la personne remise et le caractère particulier des soins.

Article 3

1) Les demandes de transit sous escorte de la police visées à l'article 5 de l'Accord de réadmission doivent être faites par écrit. La demande doit contenir des renseignements sur l'identité de l'étranger (prénoms, noms, date et lieu de naissance, nationalité, nature et numéro du document de voyage) et, dans tous les cas, une déclaration selon laquelle les conditions visées au paragraphe 1 de l'article 5 de l'Accord de réadmission sont remplies et il n'existe aucun motif de refus au sens du paragraphe 2 de l'article 5 de cet accord. Elle doit en outre préciser le point de passage frontalier, l'heure et la date de la remise et, le cas échéant, signaler que des soins médicaux particuliers sont nécessaires.

2) La Partie contractante requise informe sans retard par écrit la Partie contractante requérante de l'admission en précisant le point de passage frontalier et l'heure et la date de l'admission ou du refus d'admission, qu'elle motive.

3) La remise et l'admission ont lieu aux passages frontaliers suivants :

- Bad Schandau Bahnhof-Decin/Tetschen;

- Bahratal-Petrovice/Peterswald;
- Reitzenhain-Hora Sv. Sebastiana/Sebastiansberg;
- Schirnding Bahnhof-Cheb/Eger;
- Schirnding Strasse-Pomezi nad Ohri/Mühlbach;
- Waidhaus-Rozvadov/Rosshaupt;
- Furth im Wald Schafberg-Folmava/Vollmau.

4) Aucune demande écrite n'est nécessaire pour le transit de ressortissants d'Etats tiers pour un aéroport de l'autre Partie contractante. Les autorités compétentes de la Partie contractante qui reconduit l'étranger informent à temps les autorités compétentes de l'autre Partie de la reconduite envisagée, en leur fournissant les renseignements suivants :

- Renseignements concernant l'identité de la personne à reconduire;
- Renseignements concernant le vol (date, numéro, heure du vol);
- Renseignements concernant éventuellement les agents officiels d'accompagnement.

Article 4

Les dispositions ci-après s'appliquent aux renseignements personnels qui sont fournis, le cas échéant, en accord avec le droit interne, sur la base de l'Accord de réadmission ou de son présent Protocole d'application, sous réserve des règlements en vigueur de chaque Partie contractante :

1) Le destinataire des renseignements les utilise uniquement aux fins indiquées et aux conditions mises par les autorités qui les transmettent.

2) Le destinataire informe les autorités qui transmettent les renseignements, sur leur demande, de l'usage qui est fait des renseignements communiqués et des résultats qu'ils ont permis d'obtenir.

3) Les renseignements d'ordre personnel ne peuvent être communiqués qu'aux autorités compétentes. Ils ne peuvent être communiqués à d'autres autorités par la suite qu'avec l'accord préalable des autorités qui les ont transmis.

4) Les autorités qui transmettent les renseignements sont tenues de veiller à leur exactitude et de s'assurer qu'ils sont nécessaires et en rapport avec l'objet de la transmission. Elles sont tenues de respecter les interdictions de divulgation prévues par le droit national applicable. Le destinataire doit être averti aussitôt s'il apparaît que les renseignements qui ont été communiqués sont inexacts ou n'auraient pas dû être transmis. Il est tenu de procéder à la rectification de ces renseignements ou à leur destruction.

5) Les intéressés qui le demandent doivent être informés des renseignements qui existent à leur sujet ainsi que de l'usage qu'il est prévu d'en faire. L'obligation de les informer n'existe pas dès lors qu'il apparaît que l'intérêt public qu'il y a à ne pas le faire l'emporte sur l'intérêt de la personne concernée à être informée. Le droit des intéressés à recevoir des informations au sujet des renseignements existant à leur sujet est défini autrement par le droit interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle est déposée la demande d'information.

6) Les autorités qui transmettent les renseignements indiquent ce faisant les délais dans lesquels leur législation prévoit qu'ils doivent être détruits. Indépendam-

ment de ces délais, les renseignements personnels à transmettre doivent être détruits dès qu'ils ne sont plus nécessaires aux fins qui ont nécessité leur transmission.

7) Les autorités qui transmettent les renseignements et celles qui les reçoivent sont tenues de consigner la transmission et la réception de renseignements personnels.

8) Les autorités des deux Parties contractantes sont tenues de protéger les renseignements personnels efficacement de sorte qu'ils ne puissent être connus, modifiés ou communiqués sans autorisation.

Article 5

Les autorités allemandes compétentes sont :

1) Pour appliquer les dispositions des articles premier à 3 de l'Accord de réadmission ainsi que les paragraphes 1 à 3 de l'article 3 du présent Protocole d'application :

a) Pour la portion de frontière de l'Etat libre de Saxe :

Das Grenzschutzamt (Service de protection des frontières) Pima
Rottwerndorfer Str. 22
01796 Pima
Numéro de téléphone : 0 35 01/5 57 60
Numéro de télécopieur : 0 35 01/44 46 24;

b) Pour la portion de frontière de l'Etat libre de Bavière :

Das Grenzschutz- und Bahnpolizeiamt Schwandorf
Weinbergstr. 47
92421 Schwandorf
Numéro de téléphone : 0 94 31/80 16
Numéro de télécopieur : 0 94 31/97 75

et

Der Grenzbeauftragte der Bayerischen Grenzpolizei (Responsable de la police des frontières de Bavière) in Furth im Wald

Daberger Str. 7
93437 Furth im Wald
Numéro de téléphone : 0 99 73/5 04-0
Numéro de télécopieur : 0 99 73/5 04-1 51.

Le Service de protection des frontières de Pima, le Service de protection des frontières et de police des chemins de fer de Schwandorf et le Responsable de la police des frontières de Bavière sont tenus d'agir par l'intermédiaire des postes de surveillance des frontières locaux dans les cas visés à l'article premier de l'Accord de réadmission, et peuvent le faire dans les cas visés à l'article 2 de l'Accord de réadmission.

2) Pour appliquer les dispositions du paragraphe 4 de l'article 3 du présent Protocole d'application :

Die Grenzschutzdirektion (Direction de protection des frontières)
Roonstrasse 13
56068 Coblenz
Numéro de téléphone : 02 61/3 99-0 (Central)

39 92 50 (Service des recherches)
Numéro de télécopieur : 02 61/39 94 72.

Les autorités tchèques compétentes sont :

1) Pour appliquer les dispositions des articles premier à 3 de l'Accord de réadmission ainsi que des paragraphes 1 à 3 de l'article 3 du présent Protocole d'application :

a) La Police de la République tchèque, administration de Bohême du Nord, Service de la police des étrangers et des passeports de Ústi nad Labem/Aussig an der Elbe. Relèvent d'elle les tronçons de frontière I, borne 1, à XVI, borne 14.

Adresse : Police de la République tchèque
Administration de Bohême du Nord
Service de la police des étrangers et des passeports
Horova 13
401 79 Ústi nad Labem
Numéro de téléphone : 0 47/5 28 23 59
Numéro de télécopieur : 0 47/5 21 00 51;

b) La Police de la République tchèque, administration de Bohême de l'Ouest, Service de la police des étrangers et des passeports, à Plzen/Pilsen. Relèvent d'elle les tronçons de frontière XVI, borne 14, à XI, borne 6.

Adresse : Police de la République tchèque
Administration de Bohême de l'Ouest
Service de la police des étrangers et des passeports
Presovská 10
306 28 Plzen
Numéro de téléphone : 0 19/7 23 51 62
Numéro de télécopieur : 0 19/7 23 51 62.

2) Pour appliquer les dispositions des articles premier à 3 de l'Accord de réadmission :

La Police de la République tchèque, administration de Bohême du Sud, Service de la police des étrangers et des passeports de České Budejovice/Böhmisch Budweis. Relèvent d'elle les tronçons de frontière XI, borne 6, à XII, borne 17.

Adresse : Police de la République tchèque
Administration de Bohême du Sud
Service de police des étrangers et des passeports
Pražská 23
370 74 České Budejovice
Numéro de téléphone : 0 38/2 85 06
Numéro de télécopieur : 0 38/2 47 31.

3) L'administration de Bohême du Nord — Service des étrangers et des passeports — d'Ústi nad Labem/Aussig an der Elbe, la Police de la République tchèque, administration de Bohême de l'Ouest — Service de la police des étrangers et des passeports — de Plzen/Pilsen et la Police de la République tchèque, administration de Bohême du Sud — Service de la police des étrangers et des passeports — de České Budejovice/Böhmisch Budweis sont tenues aux fins de l'application des dispositions de l'article premier de l'Accord de réadmission et peuvent aux fins de l'application des dispositions de l'article 2 de cet Accord agir par l'intermédiaire des postes locaux de surveillance des frontières.

4) Aux fins de l'application des dispositions du paragraphe 4 de l'article 3 du présent Protocole d'application :

La Police de la République tchèque, Direction du service des étrangers et de la police des frontières

Adresse : Olsanská 2, postovní schránka 78

130 51 Praha

Numéro de téléphone : 02/33 54 18 26 les jours ouvrables de 8 à 16 heures

02/24 22 61 68 en dehors des heures ouvrables (permanence)

Numéro de télécopieur : 02/6 91 94 68.

Article 6

1) Le présent Protocole entre en vigueur en même temps que l'Accord de réadmission.

2) Au cours des périodes pendant lesquelles l'Accord de réadmission sera suspendu, le présent Protocole le sera aussi.

3) Le présent Protocole s'éteindra en même temps que l'Accord de réadmission.

FAIT à Bonn, le 3 novembre 1994, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Ministère fédéral de l'intérieur
de la République fédérale d'Allemagne :

KANTHER

Pour le Ministère de l'intérieur
de la République tchèque :

JAN RUML

[EXCHANGE OF LETTERS — ÉCHANGES DE LETTRES]

I

MANFRED KANTHER
BUNDESMINISTER DES INNERN
BONN

3. November 1994

Sehr geehrter Herr Kollege,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze (Rückübernahmeabkommen) sowie des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen (Zusammenarbeitsabkommen) habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß während der Verhandlungen folgende Erklärungen abgegeben wurden:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sich das Rückübernahmeabkommen nicht auf Personen bezieht, die nachweislich vor Inkrafttreten des Abkommens rechtswidrig in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingereist sind.
2. Zwischen den Vertragsparteien besteht Einvernehmen darüber, daß die finanzielle Hilfe im Zusammenhang mit dem Rückübernahmeabkommen auch für Zwecke des bisherigen auslaufenden Ausstattungsprogramms 1992 bis 1994 für Polizei- und Rauschgiftbekämpfungsbehörden Verwendung finden kann. Im Hinblick darauf werden in Aussicht genommene Leistungen im Rahmen der polizeilichen Ausstattungshilfe auf die ersten beiden Raten der nach dem Zusammenarbeitsabkommen gewährten Finanzhilfe angerechnet.
3. Der in Artikel 9 des Rückübernahmeabkommens vorgesehene Expertenausschuß wird auch Vorschläge zur Lösung der Probleme ausarbeiten, die sich in der Tschechischen Republik allgemein als Transitland für illegale Wanderungsbewegungen nach Deutschland ergeben. Hierzu zählen insbesondere auch

- Visa- und Besuchsregelungen,
- die Unterbindung der illegalen Einreise über den Flughafen Prag,
- Sanktionen gegen Luftverkehrsgesellschaften.

Ich bitte, mir das Einvernehmen Ihrer Regierung mit dem Inhalt dieses Briefes mitzuteilen. Unser Briefwechsel stellt sodann eine weitere Ergänzung des Rückübernahmeabkommens und des Zusammenarbeitsabkommens dar.

Genehmigen Sie, Herr Kollege, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.



An den
Innenminister der
Tschechischen Republik
Herrn Jan Ruml
Prag

[TRANSLATION]

MANFRED KANTHER
FEDERAL MINISTER OF THE INTERIOR
BONN

3 November 1994

Sir,

In connection with the signing today of the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic concerning the Readmission of Persons via their Common Frontier (Readmission Agreement) and of the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic concerning Cooperation with regard to the Effects of Migration Movements (Cooperation Agreement), I have the honour to inform you that during the negotiations the following declarations were made:

1. The Government of the Federal Republic of Germany states that the

[TRADUCTION]

MANFRED KANTHER
MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
BONN

Le 3 novembre 1994

Monsieur le Ministre,

Au sujet de la signature ce jour de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque relatif à la réadmission de personnes à la frontière commune d'Etat (Accord de réadmission) ainsi que de l'Accord de coopération entre nos deux gouvernements concernant les effets des mouvements migratoires (Accord de coopération), j'ai l'honneur de vous informer qu'au cours des négociations, il a été convenu de ce qui suit :

1. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare que

Readmission Agreement does not apply to persons who can be shown to have illegally entered the territory of the Federal Republic of Germany before the entry into force of the Agreement.

2. There is agreement between the Contracting Parties that the financial assistance in connection with the Readmission Agreement may also be used for purposes of the currently expiring 1992-1994 Supply Programme for Police and Narcotics Control Authorities. In view of this, actions taken in the framework of police supply assistance shall be charged against the first two instalments of financial assistance provided under the Co-operation Agreement.

3. The Committee of Experts envisaged in article 9 of the Readmission Agreement shall also make suggestions for the solution of problems that arise generally in the Czech Republic as a country of transit for illegal movements of persons to Germany. Among these are also in particular

- Visa and visitation regulations
- The prohibition of illegal entry via the Prague airport
- Sanctions against airlines.

I request you to inform me of your Government's concurrence with the content of this letter. Our correspondence shall then constitute a supplementary agreement to the Readmission Agreement and the Cooperation Agreement.

Accept, Sir, etc.

MANFRED KANTHER

Mr. Jan Ruml
Minister of the Interior
of the Czech Republic
Prague

l'Accord de réadmission ne s'applique pas aux personnes dont il est prouvé qu'elles ont immigré illégalement en République fédérale d'Allemagne avant l'entrée en vigueur de l'Accord.

2. Les Parties contractantes sont convenues que l'aide financière liée à l'Accord de réadmission peut être utilisée aussi aux fins du Programme d'équipement des services de police et des services des stupéfiants 1992-1994. Pour cela, les fournitures prévues dans le cadre de l'aide pour l'équipement de la police seront prises en compte dans les deux premiers versements de l'aide financière accordée en application de l'Accord de coopération.

3. La Commission d'experts visée à l'article 9 de l'Accord de réadmission étudiera aussi des propositions en vue de résoudre les problèmes qui se posent en général en République tchèque en tant que pays de transit pour l'immigration clandestine vers l'Allemagne. Elle étudiera en particulier :

- Les règlements concernant les visas et les visites;
- L'interdiction de l'immigration clandestine via l'aéroport de Prague;
- Les sanctions contre les compagnies de transport aérien.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer que la teneur de la présente lettre rencontre l'agrément de votre gouvernement, auquel cas notre échange de lettres constituera un complément à l'Accord de réadmission.

Veuillez agréer, etc.

MANFRED KANTHER

Monsieur Jan Ruml
Ministre de l'intérieur de la
République tchèque
Prague

II

MINISTR VNITRA
ČESKÉ REPUBLIKY
JAN RUML

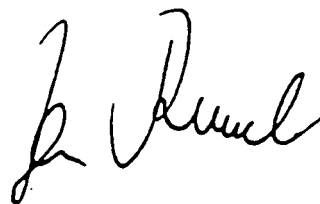
V Bonnu dne 3. listopadu 1994

Vážený pane ministře,

mám tu čest potvrdit Vám obdržení Vašeho dopisu označeného dnešním datem, který jste mi předal jako doplněk k dohodám (readmisiční dohodě a dohodě o spolupráci) uzavřeným dnes mezi vládou České republiky a vládou Spolkové republiky Německo.

Současně si dovoluji sdělit Vám jménem vlády České republiky, že s obsahem Vašeho dopisu souhlasím.

Dovolte mi, pane ministře, abych Vás ujistil svou hlubokou úctou.



Vážený pan
Manfred Kanther
Spolkový ministr vnitra
Spolkové republiky Německo
Bonn

[TRANSLATION]

JAN RUML
MINISTER OF THE INTERIOR
OF THE CZECH REPUBLIC

Bonn, 3 November 1994

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter dated today's date, which you have proposed as a supplementary agreement to the Agreement (Readmission Agreement and Cooperation Agreement) concluded today between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic.

At the same time, I wish to inform you on behalf of the Government of the Czech Republic that I concur in the content of your letter.

Accept, Sir, etc.

JAN RUML

Manfred Kanther
Minister of the Interior
of the Federal Republic
of Germany

[TRADUCTION]

JAN RUML
MINISTRE DE L'INTÉRIEUR
DE LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE

Bonn, le 3 novembre 1994

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre en date de ce jour que vous m'avez adressée à titre de complément à l'Accord signé ce jour entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque relatif à la réadmission de personnes à la frontière commune d'Etat (Accord de réadmission).

D'ordre du gouvernement de la République tchèque, je vous confirme que la teneur de cette lettre rencontre son agrément.

Veuillez agréer, etc.

JAN RUML

Monsieur Manfred Kanther
Ministre fédéral de l'intérieur
de la République fédérale
d'Allemagne

I a

MINISTR VNITRA
ČESKÉ REPUBLIKY
JAN RUML

V Bonnu dne 3. listopadu 1994

Vážený pane ministře,

v souvislosti s dnešním podepsáním Dohody mezi vládou České republiky a vládou Spolkové republiky Německo o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích (readmisní dohoda) a Dohody mezi vládou České republiky a vládou Spolkové republiky Německo o spolupráci v oblasti následků vyplývajících z migračních pohybů (dohoda o spolupráci) mám tu čest sdělit Vám, že během jednání byla učiněna tato prohlášení:

1.

Vláda Spolkové republiky Německo prohlašuje, že se readmisní dohoda nevztahuje na osoby, které protiprávně přicestovaly na výsostně území Spolkové republiky Německo prokazatelně před vstupem dohody v platnost.

2.

Smluvní strany se dohodly na tom, že finanční pomoc poskytovaná v souvislosti s readmisní dohodou má být využita i pro účely dosavadního končícího programu pomoci pro zajišťování materiálního vybavení pro . .vary policie a protidrogové jednotky sjednaného na období od r. 1992 do r. 1994. V rámci tohoto záměru bude plánovaná pomoc zaměřena na materiální vybavení policejních útvarů započítána do prvních dvou splátek finanční pomoci poskytnuté podle dohody o spolupráci.

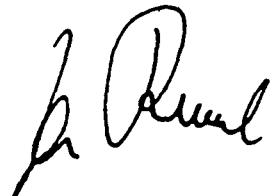
3.

Výbor expertů, jehož zřízení stanoví článek 9 readmisní dohody, bude vypracovávat i návrhy řešení těch problémů, které České republice vzniknou všeobecně jakožto zemi tranzitní, kterou ilegální migrační proudy do Německa procházejí. Do této oblasti patří zejména:

- úprava vízové praxe a návštěv cizinců,
- zamezení ilegálním vstupům přes letiště Praha,
- sankce vůči leteckým společnostem.

Prosím, aby mi byl sdělen souhlas Vaší vlády s obsahem tohoto dopisu. Naše výměna dopisů tak bude představovat další doplnění readmisní dohody a dohody o spolupráci.

Dovolte mi, pane ministře, abych Vás ujistil svou hlubokou úctou.



Vážený pan
Manfred Kanther
Spolkový ministr vnitra
Spolkové republiky Německo
Bonn

[TRANSLATION]

JAN RUML
MINISTER OF THE INTERIOR
OF THE CZECH REPUBLIC

Bonn, 3 November 1994

Sir,

In connection with the signing today of the Agreement between the Government of the Czech Republic and the Government of the Federal Republic of Germany concerning the Readmission of Persons via their Common Frontier (Readmission Agreement) and of the Agreement between the Government of the Czech Republic and the Government of the Federal Republic of Germany concerning Cooperation with regard to the Effects of Migration Movements (Cooperation Agreement), I have the honour to inform you that during the negotiations the following declarations were made:

1. The Government of the Federal Republic of Germany states that the Readmission Agreement does not apply to persons who can be shown to have illegally entered the territory of the Federal Republic of Germany before the entry into force of the Agreement.
2. There is agreement between the Contracting Parties that the financial assistance in connection with the Readmission Agreement may also be used for purposes of the currently expiring 1992-1994 Supply Programme for Police and Narcotics Control Authorities. In view of this, actions taken in the framework of police supply assistance shall be charged against the first two instalments of financial assistance provided under the Cooperation Agreement.
3. The Committee of Experts envisaged in article 9 of the Readmission Agreement shall also make suggestions for the solution of problems that arise generally in the Czech Republic as a country of transit for illegal movements

[TRADUCTION]

JAN RUML
MINISTRE DE L'INTÉRIEUR
DE LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE

Bonn, le 3 novembre 1994

Monsieur le Ministre,

Au sujet de la signature ce jour de l'Accord entre le Gouvernement de la République tchèque et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la réadmission de personnes à la frontière commune d'Etat (Accord de réadmission) ainsi que de l'Accord de coopération entre nos deux gouvernements concernant les effets des mouvements migratoires (Accord de coopération), j'ai l'honneur de vous informer qu'au cours des négociations, il a été convenu de ce qui suit :

1. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare que l'Accord de réadmission ne s'applique pas aux personnes dont il est prouvé qu'elles ont immigré illégalement en République fédérale d'Allemagne avant l'entrée en vigueur de l'Accord.
2. Les Parties contractantes sont convenues que l'aide financière liée à l'Accord de réadmission peut être utilisée aussi aux fins du Programme d'équipement des services de police et des services des stupéfiants 1992-1994. Pour cela, les fournitures prévues dans le cadre de l'aide pour l'équipement de la police seront prises en compte dans les deux premiers versements de l'aide financière accordée en application de l'Accord de coopération.
3. La Commission d'experts visée à l'article 9 de l'Accord de réadmission étudiera aussi des propositions en vue de résoudre les problèmes qui se posent en général en République tchèque en tant que pays de transit pour l'immigration

of persons to Germany. Among these are also in particular

- Visa and visitation regulations
- The prohibition of illegal entry via the Prague airport
- Sanctions against airlines.

I request you to inform me of your Government's concurrence with the content of this letter. Our correspondence shall then constitute a supplementary agreement to the Readmission Agreement and the Cooperation Agreement.

Accept, Sir, etc.

JAN RUML

Manfred Kanther
Federal Minister of the Interior
of the Federal Republic
of Germany
Bonn

clandestine vers l'Allemagne. Elle étudiera en particulier :

- Les règlements concernant les visas et les visites;
- L'interdiction de l'immigration clandestine via l'aéroport de Prague;
- Les sanctions contre les compagnies de transport aérien.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer que la teneur de la présente lettre rencontre l'agrément de votre gouvernement, auquel cas notre échange de lettres constituera un complément à l'Accord de réadmission.

Veillez agréer, etc.

JAN RUML

Monsieur Manfred Kanther
Ministre fédéral de l'intérieur
de la République fédérale
d'Allemagne
Bonn

II a

MANFRED KANTHER
BUNDESMINISTER DES INNERN
BONN

3. November 1994

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich habe die Ehre, Ihnen den Eingang Ihres mit heutigem Datum versehenen Briefes zu bestätigen, welchen Sie mir als Ergänzung zu den heute zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik geschlossenen Abkommen (Rückübernahmeabkommen und Zusammenarbeitsabkommen) überreicht haben.

Gleichzeitig darf ich Ihnen hiermit im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mein Einverständnis mit dem Inhalt Ihres Briefes mitteilen.

Genehmigen Sie, Herr Kollege, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.



An den
Innenminister der
Tschechischen Republik
Herrn Jan Ruml
Prag

[TRANSLATION]

MANFRED KANTHER

FEDERAL MINISTER OF THE INTERIOR
BONN

3 November 1994

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter dated today's date, which you have proposed as a supplementary agreement to the Agreement (Readmission Agreement and Cooperation Agreement) concluded today between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic.

At the same time, I wish to inform you on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that I concur in the contents of your letter.

Accept, Sir, etc.

MANFRED KANTHER

Mr. Jan Ruml
Minister of the Interior
of the Czech Republic
Prague

[TRADUCTION]

MANFRED KANTHER

MINISTRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
BONN

Le 3 novembre 1994

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre en date de ce jour que vous m'avez adressée à titre de complément à l'Accord signé ce jour entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque concernant la réadmission de personnes à la frontière commune d'Etat (Accord de réadmission).

D'ordre de mon gouvernement, je vous confirme que la teneur de cette lettre rencontre son agrément.

Veillez agréer, etc.

MANFRED KANTHER

Monsieur Jan Ruml
Ministre de l'intérieur
de la République tchèque
Prague
